Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Nr. 229 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Montag, den 6. Oktober 1919 | Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. — | 3. Jahrgang.

Aus dunklen Herbsttagen.

Von Philipp Scheidemann.

Am 29. September des Jahres 1918 fand im Saale des Bundesrats im Reichstag eine vertrauliche Sitzung des Hauptausschusses statt, in der Herr von Hintze über die Vorgänge in Bulgarien berichtete. Als im Verlaufe der Aussprache mir absolut unfaßbare Anschauungen vertreten wurden, rief ich in einer kurzen Rede den immer noch nicht klarsehenden Herren die Worte zu: „Verkennen Sie doch nicht vollkommen die Situation, machen Sie sich doch bitte mit dem Gedanken vertraut, daß hier vielleicht sehr bald ein Arbeiter- und Soldatenrat seine Sitzungen abhalten wird."

Mancher hat mich damals mit überlegenem Lächeln, mancher aber auch sehr erschrocken angeschaut. Herr von Hintze, der mich viele Monate später, als ich bereits Ministerpräsident war, einmal besuchte, hat mich an jene Worte erinnert und dabei gesagt, daß sie auf ihn einen tiefen Eindruck gemacht hatten.

Es kam in den ersten Oktobertagen der Kampf um den neuen, den ersten parlamentarischen Reichskanzler. Wir Sozialisten plädierten im interfraktionellen Ausschuß für einen Parlamentarier, weil der Reichstag vor aller Welt klar und deutlich bekennen müsse, daß es ihm mit der Demokratisierung und Parlamentarisierung ernst sei. Fehrenbach, den wir als Vertreter der stärksten Partei nannten, lehnte ab, von Payer, gegen den wir wegen einiger Wendungen in einer kurz zuvor von ihm gehaltenen Rede Bedenken äußerten, lehnte ebenfalls ab, empfahl aber sehr warm den Prinzen Max von Baden. Obwohl man uns sehr viel vortrug, was für die gute Eignung des Prinzen als Reichskanzler sprechen sollte, verhielten wir uns durchaus ablehnend. Im vollkommenen Einverständnis mit allen Vertretern der sozialdemokratischen Mitglieder des interfraktionellen Ausschusses setzte ich am 1. Oktober auseinander, daß der Reichstag die parlamentarisch-demokratische Aera unmöglich damit beginnen dürfe, einen Prinzen auf den Stuhl des Reichskanzlers zu setzen. Der eifrigste Befürworter der Kanditatur des Prinzen Max von Baden war der Abgeordnete Haußmann, von dem vollkommen angenommen werden dürfte, daß er den Prinzen, mit dem er sehr befreundet war, genau kannte. Als Ebert und ich am 2. Oktober im Amtszimmer des Vizekanzlers von Payer eine Aussprache mit dem Prinzen hatten, gewannen wir zwar den besten Eindruck von ihm, vermochten aber nicht unsern kritischen Standpunkt aufzugeben. Der Prinz erklärte mit Bestimmtheit, daß er nur dann das Amt des Reichskanzlers übernehmen würde, wenn auch Sozialdemokraten in sein Kabinett eintreten würden. Wir berichteten in der Fraktion, die unsern Standpunkt vollkommen billigte. Die Situation gestaltete sich von Tag zu Tag schlimmer. Das Parlament hatte keinen geeigneten Kandidaten in Vorschlag zu bringen, die Gefahr war also sehr groß, daß wieder irgend ein Michaelis für das wichtige Amt berufen würde. Die allgemeine Lage gestaltete sich inzwischen so furchtbar für unser Land, daß die Fraktion schließlich den demokratischen Prinzen akzeptierte und Bauer und mich zum Eintritt in das Kabinett bestimmte, wenngleich ich bis zum letzten Augenblick nicht zu den Befürwortern einer Teilnahme der sozialdemokratischen Partei an dieser m. E. sicher zum Zusammenbruch verurteilten Regierung gehört hatte.

Im Kabinett erwies sich der neue Reichskanzler als ein durchaus modern denkender Mann, dessen aufrichtig volksfreundliche Gesinnung ihm die berechtigte Hochachtung aller Kabinettsmitglieder gewann. Leider kam ich schon nach wenigen Tagen in eine überaus peinliche Situation —: Ein Brief, den der Prinz früher an seinen Standesgenossen Hohenlohe geschrieben hatte, wurde im Ausland veröffentlicht. Der Inhalt des Briefes war nicht in Einklang zu bringen mit dem vom Prinzen jetzt vertretenen Programm. Also eine Zweideutigkeit? Am 11. Oktober, abends gegen 9 Uhr im Anschluß an eine Kabinettsitzung bat ich den Prinzen in Gegenwart der Abgeordneten Gröber und Erzberger um Aufklärung. Er suchte den Widerspruch zwischen seinen Ausführungen in diesem Brief und seinen öffentlichen Erklärungen zu entkräften, erklärte sich aber sofort bereit, zurückzutreten, falls wir der Meinung sein sollten, daß sein Verbleiben im Amte die Landesinteressen schädige. Ich bat ihn, nicht voreilig zu handeln, fügte aber dann hinzu: „Ob ich im Kabinett verbleiben kann, wird sich morgen entscheiden." Ich war entschlossen, in der Fraktion die Erlaubnis zum Rücktritt zu erbitten. Ein Brief, durch den wir Vizekanzler von Payer unsern Rücktritt anzeigten, wurde von Bauer, der Staatssekretär im Reichsarbeitsamt war und als solcher dem engeren Kabinett nicht angehörte und mir für alle Fälle unterzeichnet, damit wir ihn eventuell sofort übergeben konnten. Dr. David und Dr. A. Müller, die als Unterstaatssekretäre amtierten, erklärten sich mit unserm Verhalten solidarisch.

Infolge der Briefaffäre gab es dann lange Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuß, des Ausschusses und der Fraktionen mit dem Prinzen. Der deutschen Presse war der Abdruck des Briefes bis dahin untersagt worden. Am 13. Oktober setzte ich im Kabinett seine Freigabe durch. Die Angelegenheit wurde schließlich als beigelegt angesehen, nachdem alle unsere Vertreter in den neutralen Ländern übereinstimmend versichert hatten, daß das Vertrauen zu dem Kanzler nirgends erschüttert sei. Es kamen dann im Kabinett die Erörterungen wegen des Waffenstillstandes und Friedensangebotes, über die in der Presse bereits sehr viel geschrieben worden sind. Die Auseinandersetzungen über die Handhabungen der Zensur rissen nicht ab, obgleich klare Bestimmungen über deren Beschränkung auf genau fixirte militärische Fragen im interfraktionellen Ausschuß beschlossen waren und auch die Zustimmung der Regierung gefunden hatten. Wie die Katze das Mausen nicht lassen kann, so wollten sich gewisse einflußreiche Stellungen nicht an die Beseitigung der Zensur gewöhnen. Als ein Vertrag der Presseabteilung im Auswärtigen Amt den Versuch machte, mich für die Zulassung der Zensur in der Kaiserfrage, die inzwischen akut geworden war, zu gewinnen, schrieb ich ihm u. a.:

„.... Ich werde mich entschieden gegen jeden Versuch sträuben, der Presse weitere Fesseln anzulegen. In dem Programm der Regierung ist genau skizziert worden, unter welchen Umständen die Zensur das Recht hat, einzugreifen. Ueber die durch den Krieg bedingten vier Punkte hinaus darf die Presse unter gar keinen Umständen gehindert werden, frei und offen ihre Meinung zu bekennen.

Das Thema von der Abdankung des Kaisers ist nach meiner Auffassung ein politisches, kein militärisches. Aber selbst wenn man gewaltsam konstituieren wollte, weil der Kaiser oberster Kriegsherr ist, deshalb ist das Thema von der Abdankung ein militärisches, so könnte die Zensur dennoch nicht einschreiten. Es ist nicht schlechthin die Erörterung eines jeden militärischen Themas unter Zensur gestellt, sondern nur Fragen strategischer und taktischer Art und außerdem Fragen, die sich auf die Munitionsherstellung beziehen. Ich kann also nicht einsehen, woher das Recht abgeleitet werden soll, der Presse die Erörterungen des erwähnten Themas zu verbieten, oder auch nur zu erschweren." ....

Die weiteren Versuche, die Presse in der Kaiserfrage zu fesseln, veranlaßten mich dann Ende Oktober dem Reichskanzler den bereits durch die Presse bekannt gewordenen Brief zu schreiben, in dem es hieß, daß es nunmehr Pflicht der Staatssekretäre sei, dem Kaiser durch den Reichskanzler zu empfehlen, zurückzutreten.

Die Ereignisse überstürzten sich dann. Am 4. November zeigte mir der Marineminister von Mann, der im Kabinett zumeist neben mir saß, alarmierende Nachrichten aus Kiel. Sofort sollte ein energischer Vertreter der sozialdemokratischen Partei nach Kiel kommen. Ein energischer Mann? Noske! Ich verständigte mich telegraphisch mit Ebert im Parteibüro, der einverstanden war. Innerhalb einer halben Stunde war Noske bei mir in der Reichskanzlei. Noske war bereit, sofort zu reisen. Das Kabinett erklärte sich auf meinen Vorschlag damit einverstanden, schickte aber den Staatssekretär Haußmann mit nach Kiel. Noske war am nächsten Tage dann Kieler Gouverneur, Haußmann kehrte an diesem Tage bereits nach Berlin zurück. Am 7. November depeschierte mir Noske:

„Ich mußte soeben die Leitung der Marineangelegenheiten in Kiel übernehmen, der bisherige Stationschef hat mir die Geschäfte übergeben. Wie die Aufgabe zu überwältigen ist, vermag ich noch nicht zu übersehen. Soeben traf auch Haase noch hier ein. Wenn es Streitigkeiten gibt, ist die Sache natürlich unmöglich zu machen. Heute gab er mir die Versicherung, daß die Einigkeit nicht gestört werden soll. Erwarte dafür Gegenleistung in Berlin. Wahnschaffe sagte mir heute am Telephon, als ich ihm andeutete, wie die Sache laufen werde, die Regierung erwarte, daß ich so lange wie möglich hier ausharre. Ich bin gespannt darauf, ob sie diese Anschauung jetzt noch hegen wird. Noske."

Natürlich waren alle froh, daß Noske auszuharren bereit war. Mittlerweile liefen neue Meldungen über revolutionäre Erhebungen aus zahlreichen Staaten des Reiches ein. Allen Versuchen, die Bewegung mit Gewalt niederzuschlagen, setzte ich den heftigsten Widerstand entgegen. Als der Oberbefehlshaber in den Marken die Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten und die für den Abend des 7. November in Berlin einberufenen Versammlungen verbieten wollte, widersetzte ich mich energisch. Der preußische Staatsminister Drews, der die Situation vollkommen klar überschaute, verhielt sich sehr verständig und pflichtete mir bei. Die Verhältnisse waren derart zugespitzt, daß ich es für unmöglich hielt, weiter in der Regierung zu bleiben. Ich verlangte von der Partei die Ermächtigung zum Austritt, den ich auf eigene Faust nicht vornehmen durfte. In der kurzen Debatte, die in der Fraktion stattfand, unterstützten mich Wels und Braun in der energischsten Weise. Es wurde der Versuch gemacht, Bedingungen für ein etwaiges Verbleiben in der Regierung zu formulieren: Versammlungen müssen gestattet werden; jedwedes gewaltsame Eingreifen muß unterbleiben; der Kaiser muß bis morgen mittag zurücktreten; Angebot an die U. S. P. D., ebenfalls in die Regierung einzutreten usw.

Das Schicksal nahm indessen seinen Lauf. Am 9. November brach das morsche Gebäude des preußisch-deutschen „Kaiserismus" zusammen. Im Laufe des 10. Novembers übernahmen Ebert, Landsberg, Barth, Haase, Dittmann und ich als Volksbeauftragte die Regierungsgeschäfte.

Sie wollen nicht mehr.

In einer Mitgliederversammlung der Unabhängigen in Leipzig, in der über den Eintritt in den Streik entschieden werden sollte, scheiterte, wie der „Lok.-Anz" berichtet, diese Absicht an dem energischen Widerstand der Mehrzahl der Mitglieder. Es wurde betont, daß die Zeiten für kommunistische Putsche vorüber seien.

Die Kohlenproduktion.

Freitag ging eine vollständig irreführende Notiz über empfindliche Rückgänge in der Kohlenförderung durch die Blätter. Wie die „P. P. R." dazu von gutunterrichteter Seite hören, muß zwischen Kohlenförderung und -beförderung scharf unterschieden werden. Tatsächlich steigt, wie schon wiederholt gemeldet, besonders im Oberschlesischen Kohlenrevier, die Kohlenproduktionsziffer ständig. Dieses günstige Anzeichen einer Gesundung unseres Wirtschaftslebens muß die gehörige Betonung und Würdigung finden. Nur in der Wagengestellung herrschen noch immer sehr mißliche Verhältnisse. Die tatsächliche Gestellung bleibt hinter der Anforderung ziemlich weit zurück. Diese mangelnde Wagengestellung darf aber, wie bemerkt, nicht mit der zwar immer noch nicht ausreichenden, aber doch sich ständig bessernden Kohlenproduktion verwechselt werden.

Proletarische Solidarität.

Nachdem bereits im Waldenburger Revier die Arbeiter einiger Zechen von ihrem Betriebsrat zum Zweck der Kohlenversorgung des Breslauer Proletariats verfahren haben, beschlossen jetzt die Betriebsräte und Arbeiterausschüsse des Neuselwitzer und Kositzer Reviers, an vier Sonntagen zu fördern, damit die minderbemittelte Bevölkerung mit Kohlen versorgt werden kann. Die Produktion von drei Sonntagen soll der Bevölkerung des Altenburger Landes zukommen, die Förderung des vierten Sonntages der Leipziger minderbemittelten Bevölkerung. Die Briketts sollen durch die Kommunalverbände ohne Händlergewinn verkauft werden. Die Bergarbeiter verzichten auf den tarifmäßigen Lohnaufschlag von 100 Prozent für Sonntagsarbeit. Ein Werk, Grube Adelheid, hat bereits einen Sonntag gearbeitet und eine Rekordleistung von 39 Waggons gefördert.

Auch dieses Beispiel kann nur zur Nachahmung empfohlen werden.

Der englische Eisenbahnerstreik beendet.

WTB. London, 5. Oktober. (Drahtnachricht.) Der Eisenbahnerstreik ist beendet.

Zur Meldung über die Beilegung des englischen Eisenbahnerstreiks sagt der „Vorwärts": Es ist bis jetzt nicht erkenntlich, ob und in wie weit es der englischen Eisenbahnerschaft gelungen ist, ihre Forderungen durchzusetzen. Wenn man aber bedenkt, daß die englische Regierung von Tag zu Tag mehr Freiwillige heranziehen konnte, so daß die Aufnahme des Zugverkehrs in immer größerem Umfange erfolgte, so darf man kaum annehmen, daß es der Arbeiterschaft gelungen sei, wesentliche Vorteile in ihrem Kampfe gegen die kapitalistische Regierung zu erreichen.

London, 5. Oktober. Reuter. Es verlautet, daß die Bedingungen, unter denen die Einigung erzielt worden ist, auf der heute abend stattfindenden Massenversammlung der Eisenbahner bekanntgegeben werden. Die Arbeiter haben Anweisung erhalten, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Aufschiebt die Weltrevolution?

Eine Initiative westschweizerischer Industrieller gegen das schweizerische Arbeitszeitgesetz (48-Stundenwoche) ist mit 55 000 Unterschriften zustandegekommen; desgleichen eine Initiative für Einführung der Schutzhaft gegen sozialistische Partei- und Gewerkschaftsführer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191006-19/fragment/page=0001

Der Kampf gegen das Betriebsrätegesetz.

Das Unternehmertum ist durch den Entwurf zum Betriebsrätegesetz sehr beunruhigt worden. Es kann sich nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß seine Herrschaft über die Arbeiter und im gesamten Wirtschaftsleben nicht mehr absolut sein soll. Die Herren von der Schwerindustrie befürchten das Schlimmste für unser — Wirtschaftsleben, bei Leibe nicht für ihr arbeitsloses Einkommen. Alle Hebel werden daher in Bewegung gesetzt, um das Gesetz zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken.

Dieser Tage hatte der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Mitglieder des Ausschusses der Deutschen Nationalversammlung für das Betriebsrätegesetz eingeladen, um ihnen die Bedenken der Industrie gegen das Gesetz vorzutragen. Die Hauptreferate erstatteten die Herren von Siemens und Meros. In den Referaten wurde ausdrücklich Einspruch erhoben gegen den künftigen Einfluß der Betriebsräte auf die Betriebsleitung, ihr Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden, ihre jederzeitige Absetzbarkeit durch die Betriebsversammlung, den Zwang zur Vorlegung der Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlustrechnung und die Abordnung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. Wir wissen die Schmerzen der Industriellen vollauf zu würdigen, finden es aber ganz in der Ordnung, daß auch die Arbeiter mitbestimmen sollen darüber, was mit dem aus ihrem Schweiß gewonnenen Ueberschuß angefangen wird. Das ist ja der große sittliche und soziale Wert des Mitbestimmungsrechtes, das nunmehr im Betriebsrätegesetz zur Geltung kommen soll, daß der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende gesetzt wird. Mit vollem Recht sagte Erzberger unlängst in der Deutschen Nationalversammlung: „Im neuen Deutschland ist für Müßiggänger kein Platz. Nur noch wenige Deutsche werden von ihren Renten leben können. Alle werden arbeiten müssen, oben wie unten.“ Das ist das Ziel des Sozialismus, und dieses Ziel wird er erreichen, und wenn die Industrie sich noch so sehr sträubt, „Schrittmacher und Platzhalter für den Sozialismus zu einer Zeit zu sein, die er selbst nicht für geeignet hält, um seine Ideen durchzuführen“, wie die „Post“ so geistreich bemerkt. Ebensowenig wie die Sozialdemokratie jemals Platzhalterin des Monarchismus und Kapitalismus war, erwarten wir von den Kapitalisten und Monarchisten, daß sie dem Sozialismus solche Dienste leisten — er kommt auch trotzdem! Sehr richtig ist auch, daß diese Zeiten nicht zur Durchsetzung der Ideen des Sozialismus geeignet sind. Das wissen wir Sozialisten am allerbesten, und darum sind wir eifrig bestrebt, die Möglichkeit zu schaffen. Das geschieht, wenn wir die Produktion beleben und dem Wirtschaftsleben neue Kräfte zuführen. Das wiederum setzt Arbeitslust bei den Arbeitern voraus und darum schaffen wir das Betriebsrätegesetz und legen auf seine Durchführung großen Wert.

Wie sehr das Unternehmen im Kampfe gegen dieses Gesetz, dessen Bestimmungen nach Ansicht der „Post“ „die Nägel zum Sarge des deutschen Wirtschaftslebens schmieden würden“, nur darauf bedacht ist, ernste Gefahren vom deutschen Wirtschaftsleben abzuwenden, beweist folgende Stelle aus dem Bericht der „Post“ über die erwähnte Sitzung. Dort heißt es: „Ein Vertreter aus dem besetzten Gebiet nennt den Entwurf geradezu einen Wechselbalg, der es mit seinesgleichen verschuldet, daß die Loslösungsbestrebungen im Westen um sich greifen, weil die Unternehmer es ablehnen, die Sklaven des Arbeitnehmers zu werden.“ Hier zeigt sich das Unternehmertum in Reinkultur. Was bedeutet für den Kapitalisten das Vaterland, das hat nur solange Wert, solange es seine Millionen schützt. Sobald aber seiner Willkürherrschaft Schranken gesetzt werden sollen, sobald man es wagt, an den Millionen zu rütteln, die aus dem Blut unserer Besten, aus der größten Not des Vaterlandes gepreßt wurden, dann sind die Herren Unternehmer, die den Patriotismus ehemals in Erbpacht genommen hatten, bereit, das Land an den „Erbfeind“ zu verraten, und die Leute wagen es, von Schmach und Schande zu reden, die andere über das Land gebracht haben sollen, sie, die bereit sind, ihr Vaterland um ein Linsengericht zu verkaufen! Wie sagte Scheidemann einmal zu der Rechten der Nationalversammlung: „Sie haben zu schweigen, wenn von der Ehre des deutschen Volkes die Rede ist!“ Die Richtigkeit dieses Wortes bestätigen die um ihren elenden Mammon besorgten Patrioten alle Tage aufs Neue. Die Arbeiterschaft aber wird durch solche Vorfälle immer wieder dazu angespornt, nicht um Haaresbreite von ihren Forderungen abzugehen.

Die deutsche Note über das Baltikum.

Strengste Maßnahmen gegen die Meuterer. — Protest gegen die angedrohte Blockade.

WTB. Berlin, 4. Oktober. In der Frage der Räumung des Baltikum ist General Nudant eine Note für die Entente übersenden worden, in der die deutsche Regierung zum Beweis dafür, daß sie dauernd auf das energischste bemüht ist, die Truppen aus dem Baltikum und aus Litauen herauszuziehen, darauf hinweist, daß sie angeordnet habe, den Truppenteilen, die dem Abmarschbefehl keine Folge leisten, die Lösung, sowie alle künftigen Versorgungsansprüche zu sperren. Um jeglichen Zuzug zu verhindern, ist die deutsche Grenze gegen Kurland geschlossen und Befehl gegeben worden, auf Truppen, die trotzdem diese Linie zu überschreiten versuchen, zu schießen. Auch sei jeder Nachschub an Munition strengstens untersagt. General Graf von der Goltz sei durch Generalleutnant von Eberhardt ersetzt worden. Dem Eintritt deutscher Truppen in russische Formationen stehe die deutsche Regierung durchaus ablehnend gegenüber. Sie habe dies den Beteiligten wiederholt unzweideutig mitgeteilt.

Weiter heißt es u. a.: Die deutsche Regierung muß aufs schärfste Verwahrung dagegen einlegen, daß in der Note des Marschall Foch Zwangsmaßregeln angedroht werden, die bezwecken, Deutschland durch eine Erneuerung der Blockade die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden. Die a. und c. Regierungen dürfen nicht vergessen haben, daß gerade die Hungerblockade nicht nur den Tod Hunderttausende von Frauen, Kindern und Kranken verschuldete, sondern auch durch Schwächung der Arbeitstätigkeit infolge chronischer Unterernährung nicht zum geringsten Teil die Zersetzungserscheinungen verschuldet hat, unter denen Deutschland zurzeit so schwer leidet.

Um aber auch den a. und c. Regierungen die Möglichkeit zu geben, sich von dem nachdrücklichen Ernst ihres Vorwurfs zu überzeugen, ersucht die deutsche Regierung dieselben, mit ihr in die Beratung der notwendigen Maßnahmen einzutreten. Zu diesem Zweck schlägt sie die schleunige Bildung einer aus deutschen Vertretern einerseits und alliierten und assoziierten Vertretern andererseits bestehenden Kommission vor.

Noskes Befehle.

Im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung an die Truppen im Baltikum hat Noske drei Befehle erlassen, in denen er die Rückkehr der Truppen fordert und die technische Ausführung der Räumung vorschreibt.

Daß die Räumung des Baltikums durch die deutschen Truppen nunmehr ohne Verzug durchgeführt werden soll, dafür bietet, wie der „Vok.-Anz.“ schreibt, schon die Ernennung des energischen Generals von Eberhardt zum militärischen Liquidator des umfangreichen Unternehmens eine Gewähr. Zu hoffen wäre, daß der örtlichen Zivilbevölkerung, die sich vor einer Wiederholung der bolschewistischen Schreckenszeit des vergangenen Winters fürchtet und sich in Sicherheit bringen will, Gelegenheit geboten wird, das Land rechtzeitig zu verlassen.

Das Fiume-Abenteuer d'Annunzios.

Gabriele d'Annunzio, der italienische Kriegssänger seit dem Tripoliszuge, ist in der Welt viel belacht worden. Damit kommt man heute nicht mehr aus. Sein Zug nach Fiume und der bisherige Verlauf dieses kühnen Abenteuers sprechen dafür, daß er als politischer Faktor gewertet werden muß. d'Annunzio ist stärker als die italienische Regierung und selbst der Entente gegenüber eine Macht. Er ist heute der unbestrittene Herr von Fiume und für die sehr aktiven italienischen Nationalisten ein Programm. Der Zulauf zu seiner Schar ist den Zeitungsnachrichten zufolge noch immer rege.

Die Entente scheint sich in die Fiumefrage nicht offiziell einmischen zu wollen oder zu können. Sie läßt die Dinge treiben. Nun hat d'Annunzio — ermutigt durch diese Passivität — sein Unternehmen ins Hinterland von Fiume ausgedehnt und, wie es scheint, sogar den Jugoslawen, die ihm den Besitz von Fiume streitig machen wollen, den Krieg erklärt.

Am 12. Oktober Frieden?

Versailles, 5. Oktober. „Temps“ glaubt, daß am 12. Oktober die erforderlichen drei Ratifikationen der alliierten Großmächte vollzogen sein werden, und daß dann der Rat des Völkerbundes werde zusammentreten können. Er habe nämlich in einer Anzahl wichtiger Fragen sofort Entscheidung zu treffen.

„Intransigeant“ bemerkt, man glaube, daß der Rat des Völkerbundes nicht, wie Clemenceau in seinem Brief an Oberst House gewünscht habe, im Monat November, sondern erst zu Beginn des kommenden Jahres zusammentreten könne.

Die Debatte über den Friedensvertrag in Amerika.

Washington, 2. Oktober. Reuter. Heute begann die Diskussion über die von Senator Fall vorgeschlagenen 30 Aenderungen zum Friedensvertrag. Der erste Abänderungsantrag, in dem vorgeschlagen wurde, daß die Vereinigten Staaten sich an dem Ausschuß zur Festsetzung der Grenzen zwischen Deutschland und Belgien nicht beteiligen sollen, wurde mit 58 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

London, 2. Oktober. Reuter. Thomas gab heute abend zu, daß die Bemühungen, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zu sichern, fehlgeschlagen seien.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Genf, 4. Oktober. Der Antrag Lefèvre, der eine vollständigere Entwaffnung Deutschlands fordert, ist bereits am Freitag wieder zur Beratung gekommen und schließlich in einer sehr gemilderten Form angenommen worden. Der Kampf um den Antrag war sehr lebhaft und wurde wieder in der merkwürdigen paradoxen Stellungnahme ausgefochten, die die Debatte um diesen Gesetzesvorschlag angenommen hat: Clemenceau für Deutschland, die Sozialisten gegen Deutschland. Lefèvre erklärte, es gäbe nur ein wirksames Mittel, um Frankreich die notwendige Ruhe zu verschaffen, nämlich den Deutschen vorzuschreiben, daß sie nicht eine einzige Kanone mehr ziehen dürften.

Der Kammer lag der Antrag Lefèvre in folgender von dem Ausschuß herrührenden Fassung vor:

„Die Kammer lädt die Regierung ein, sich mit allen alliierten und assoziierten Mächten hinsichtlich der Ausführung von Maßnahmen, die die Entwaffnung Deutschlands und seiner Verbündeten vervollständigen, und die darin bestehen, daß die Fabrikation von Kriegsmaterial verboten wird, ins Benehmen zu setzen.“

Diese vollkommen verwässerte Fassung war von Lefèvre erst verworfen worden. Nunmehr erklärte er sich einverstanden, und so wurde sein Antrag einstimmig angenommen. Ein Zusatzantrag Renaudels fordert die Regierung auf, für die baldige Einberufung des Völkerbundes zu wirken, den Bevollmächtigten Frankreichs für diese Tagung ihre Aufträge zu geben und die Ausdehnung des Artikels 8 über die allgemeine Abrüstung zu betreiben. Dieser Antrag wurde mit 444 gegen 1 Stimme angenommen.

Die Arbeiterkonferenz in Washington.

Amsterdam, 3. Oktober. Reuter meldet aus Paris, der Oberste Rat hat beschlossen, den deutschen und österreichischen Delegierten Erleichterungen für die Reise zu gewähren. Die Arbeiterkonferenz wird im Laufe ihrer ersten Sitzung die Vertreter feindlicher und neutraler Staaten, die den Wunsch danach äußern, einladen, den Arbeiten der Konferenz beizuwohnen. — Eine offizielle Einladung haben trotz aller widersprechender Meldungen Deutschland und Oesterreich nicht erhalten.

Der Kriegsschuld-Untersuchungsausschuß.

Berlin, 4. Oktober. Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung beschloß als Sachverständige zunächst Professor Bonn und Graf Monts zu vernehmen. Vorsitzender des ersten Unterausschusses (Vorgeschichte) ist Dr. Quarck (Soz.), des zweiten Warmuth (Dnat.) für das gesamte Gebiet. Vorsitzender des dritten Ausschusses (militärische Fragen) Abg. Bolz (Z.), des vierten (wirtschaftliche Maßnahmen) Dr. Landsberg (Soz.).

Politische Märchen.

Rasch, noch ehe das baltische Abenteuer zu Ende geht, versucht die unabhängige Presse, es zu ihrer Sensationshetze auszuschlachten. Also meldet sie, die baltischen Truppen würden eine Erhebung in ganz Ostdeutschland ins Werk setzen und im Zusammenwirken mit der Reichswehr und mit den Einwohnerwehren die Republik stürzen. Schon hänge in jeder Bauernstube Yorcks Bild.

Schaudervoll, höchst schaudervoll! Das Bild des Generals Yorck, der 1812 im Bunde mit den Russen die Fahne der Empörung gegen Napoleon entrollte, hängt in den ostpreußischen Bauernstuben zwar seit Jahrzehnten, aber man kann es trotzdem als neues Schreckgespenst an die Wand werfen. Die Märchen der „Freiheit“ über den demnächst erfolgenden großen gegenrevolutionären Putsch sollen natürlich neue Gewaltpläne der Gegenrevolution von links verhüllen. Aber die Unabhängigen schreien seit dem 9. November so regelmäßig über monarchische Verschwörungen, wenn sie selbst ein neues Aktiönchen planen, daß man ihnen schon lange nicht mehr glaubt und ihr Spiel nun wohl bald in allen Arbeiterkreisen durchschaut.

Schauermärchen der „Freiheit“.

Die „Freiheit“ setzt in ihrer Abendausgabe vom 3. Oktober ihre hinlänglich bekannten Versuche fort, die Reichsregierung im Ausland zu diskreditieren. Sie schreibt, daß Noske geäußert haben soll, daß er nichts sehnlicher wünsche, als daß die noch im Baltikum sich befindenden deutschen Truppen samt und sonders in die russische Armee übertreten, da er ihrer sonst nicht mehr Herr wäre. Daneben bringt sie ein Schauermärchen über die Bewaffnung der Einwohnerwehr als zuverlässiges Organ der „gegenrevolutionären“ Bestrebungen.

Demgegenüber wird festgestellt:

1. Die Reichsregierung hat erst in den letzten Tagen wieder einen scharfen Befehl an die deutschen Truppen im Baltikum erlassen, daß der Uebertritt der Soldaten zu den Russen streng verboten ist und daß die zurzeit bei den russischen Truppen sich befindenden Reichsdeutschen nach Deutschland zurückzukehren haben.

2. Die Einwohnerwehren, die lediglich Polizeizwecken dienen, sind nur insoweit bewaffnet, als dies der Polizeidienst erfordert. Die Behauptung, alle unsere Waffenvorräte seien auf die Einwohnerwehr verteilt, ist eine ebenso haltlos wie durchsichtige Verleumdung.

Das arme Oesterreich.

WTB. Wien, 4. Okt. Wiener Korr.-Büro. Staatskanzler Dr. Renner erklärte einer Abordnung des Gemeinderats, welche gegen den Verkauf der Kunstschätze protestierte: Der Verkauf der Kunstschätze ist unvermeidlich. Es sind für dringende Beschaffung von Lebensmitteln im Auslande gegen 15 Millionen Gulden (holländische) nötig, die durch den Verkauf beschafft werden müssen. Es ist nicht mehr Zeit, einen anderen Weg zu betreten, da wir binnen 14 Tagen die Zahlungsmittel haben müssen, wenn die Ernährung nicht gefährdet werden soll. Wir stehen vor der Wahl, entweder Luxusbesitz oder Produktionsmittel zu veräußern und müssen uns daher zum Verkauf der Kunstschätze entschließen.

Das Ende in Ungarn.

WTB. Budapest, 3. Okt. Das Ungar. Korr.-Büro berichtet: Die Staatsanwaltschaft hat die Polizei verantlaßt, die auf der Flucht befindlichen Volkskommissare, deren Stellvertreter und andere Männer, die hervorragende Stellungen in der Räteherrschaft innehalten, verfolgen und verhaften zu lassen; so den stellvertretenden Volkskommissar des Aeußern, Julius Aepary, dessen richtiger Name Maes Adler ist, den stellvertretenden Volkskommissar und gewesenen Leiter der Wiener Gesandtschaft Alexius Bongar, den Volkskommissar für Ernährungswesen Moriz Erdeley, den Volkskommissar für Heereswesen Desider Fiedler, den Präsidenten des regierenden Rates Alexander Garbai, den Volkskommissar für Ernährungswesen Stephan Kulcsar, den Volkskommissar für Unterricht Georg Lukacs, den Volkskommissar für Handel Mathias Rakosi, den Volkskommissar für Ackerbau Karl Bantus und den Volkskommissar für Finanzen Bela Szekely, sowie den früheren Leiter der Polizei Ernst Seidler.

Was will die französische Propaganda?

Ein seltsames Schauspiel, das Frankreich bietet! Arm in Arm treten die französischen Chauvinisten mit den Sozialisten zum Sturmlauf an gegen den noch immer auszurottenden „deutschen Militarismus“. Was will man? Die Absichten der Chauvinisten sind sehr einfach, ihr Geschäft muß es sein, die hysterische Angst gewisser französischer Kreise vor der deutschen Revanche immer von neuem aufzustacheln, den Tendenzmeldungen von Deutschlands bösen Absichten immer neue Nahrung zu geben, um auf diese Weise ihrer Partei Agitationsmaterial zu liefern und die Notwendigkeit stärkerer Rüstungen darlegen zu können. Umgekehrt behaupten die französischen Sozialisten, daß sie erst den Kampf gegen den französischen Militarismus führen könnten, wenn Deutschland die letzte Kanone ausgeliefert und den letzten Mann entwaffnet habe. Vorher ginge es nicht. Wenn zwei dasselbe tun, um das Gegenteil zu erreichen, dann ist immer einer von Beiden auf dem Holzwege. Wir glauben, daß in diesem Falle die französischen Sozialisten die Düpierten sind. Mit ihrem Geschrei gegen die Gefahr des deutschen Militarismus liefern sie lediglich den französischen Chauvinisten Wasser auf ihre Mühlen; der Entwaffnung des siegreichen französischen Militarismus, der eine ganz andere Gefahr für die Welt bedeutet, als das kümmerliche Restchen der deutschen Armee, kommen sie auch nicht um einen Schritt näher. Die alte Rede der Internationale, daß der Militarismus nur in der Weise bekämpft werden kann daß jede einheimische Partei ihren nationalen Militarismus, nicht den jenseits der Grenzen bekämpft, haben die französischen Sozialisten offenbar vergessen.

Japanischer Besuch in Deutschland. Die vorgestern im Haag angekommene japanische Delegation mit Vizeadmiral Kato an der Spitze reiste heute nach Deutschland weiter, um die dort herrschenden Verhältnisse zu studieren.

Wilson wird wieder gesund. Pressebureau „Radio“ meldet aus Anapolis vom 4. d. M., daß „Wilsons Zustand günstiger geworden ist.

Das kostet Geld. Nach den Blättern hat Deutschland für die Entente-Besatzungstruppen im Rheinland bisher 809 Millionen Mark zahlen müssen.

Rassenkämpfe in Amerika. Heute sind die Rassenkämpfe wieder aufgelebt. Vier Neger und ein Weißer wurden getötet, zwei Soldaten schwer verwundet. Auf den Gouverneur von Arkansas wurde geschossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191006-19/fragment/page=0002

Das Tumultschädengesetz.

Von Otto Landsberg.

Das Deutsche Reich ermangelte bisher eines Gesetzes über die Haftung für sogenannte Tumultschäden, d. h. Schäden, die jemand im Zusammenhange mit inneren Unruhen an Leib, Leben oder Eigentum erlitten hat; vielmehr war diese Materie der einzelstaatlichen Gesetzgebung überlassen. Preußen hatte sich im Jahre 1850 ein Gesetz gegeben, das die Spuren seiner Entstehungszeit, der Zeit der Reaktion trägt. Es sagte nämlich die Haftung für Tumultschäden den Gemeinden auf, selbstverständlich aus Abneigung gegen die Städte, in denen Unruhen sich naturgemäß eher ereignen als auf dem platten Lande. Die Belastung der Gemeinden war um so mehr eine Unbilligkeit, da der preußische Staat ihnen die Ausübung der Sicherheitspolizei vorenthielt, so daß ihnen die Mittel zur Abwendung der Schäden, für die sie verantwortlich gemacht wurden, gar nicht zu Gebote standen. Dies preußische Gesetz gilt nun in den alten Provinzen Preußens. In den 1866 erworbenen Gebietsteilen fehlte es an einer gesetzlichen Regelung der Tumultschädenfrage. Dieselben Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Teilen Preußens bestehen zwischen den verschiedenen deutschen Ländern. Während z. B. Baden den preußischen Gedanken der Haftung der Gemeinde aufgegriffen hat, hat Sachsen diese Haftung ausgeschlossen.

Ein solcher Zustand der Rechtsungleichheit konnte nur so lange bestehen, als innere Unruhen in Deutschland zu den größten Seltenheiten gehörten. Die Erschütterung unseres Staatskörpers, die die Folge der Schäden und Verbrechen des alten Regimes war, machte eine reichsrechtliche Regelung der Tumultschädenfrage und die Entlastung der altpreußischen Städte von ihren bisherigen Verpflichtungen dringend nötig. Städte wie Marienburg und Glogau wären sonst vollständig zugrunde gerichtet worden.

Das Reichsministerium des Innern hat der deutschen Nationalversammlung einen Entwurf vorgelegt, der folgende Regelung der Materie vorsieht: Für Tumultschäden, die seit dem 1. Nov. 1918 entstanden sind, haftet nur das Reich. Die Haftung der Gemeinden fällt also fort. Das Reich hat aber nur solche Schäden zu ersetzen, die das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährden. Von den Summen, die das Reich auf Grund dieser seiner Verpflichtung an Schadenersatz zu zahlen hat, ist ihm von dem Einzelstaat und der Gemeinde, in deren Gebiet der Schaden entstanden ist, je ein Drittel zu ersetzen.

Der Gesetzentwurf ist in der Nationalversammlung stark angegriffen worden. Der Redner der Deutschen demokratischen Fraktion fand es höchst unbillig, daß das Reich nicht ohne weiteres alle Tumultschäden übernehmen wolle, und sah die Reichsgleichheit in der deutschen Republik in Gefahr. Es ist merkwürdig, daß gerade diejenigen, die durch die Angst vor der Vergesellschaftung der Produktionsmittel bestimmt werden, dem Reiche neue Einkunftsquellen zu verschließen, kein Bedenken tragen, es mit allerlei Mitteln zu belasten. Augenscheinlich war dem Redner überdies unbekannt, daß der Gesetzentwurf von seinen Parteigenossen Dr. Preuß herrührt und daß seine Fraktionskollegen Schiffer und Dernburg, solange sie Reichsfinanzminister waren, die Uebernahme einer weitergehenden Haftung des Reiches als unmöglich und unerträglich bezeichnet haben. Aber auch die Redner der Mehrheitsparteien hatten an dem Gesetzentwurf manches auszusetzen. Es ist dringend zu wünschen, daß die Reichsministerien sich durch ihre Unterstaatssekretäre vor der Einbringung eines jeden Gesetzentwurfs mit den Mehrheitsparteien im Benehmen setzen. Der Widerstand dieser Parteien gegen die gesetzgeberischen Arbeiten der auf Grund ihres Vertrauens auf Ministerposten gelangten Männer wirkt nicht gerade erhebend.

Der Entwurf des Reichsministeriums des Innern trifft m. E. im wesentlichen das Richtige. Eine Verpflichtung des Reiches, jeden Tumultschaden zu ersetzen, kann ebensowenig anerkannt werden, wie etwa der Anspruch jedes Deutschen auf Ersatz von Verlusten, die ihm durch Einbruchsdiebstahl oder durch Brandstiftung entstanden sind. Das Reich ist nicht verpflichtet, jedem Bürger einen Schutzmann und eine Kompagnie Soldaten beizugeben, damit Schäden aller Art von ihm ferngehalten werden. Es wäre im höchsten Maße unbillig, einem Millionär, der durch innere Unruhen einige hundert Mark eingebüßt hat, Ersatz dafür aus Mitteln der Allgemeinheit, d. h. in der Hauptsache aus den Taschen der Proletarier zu gewähren. Und wenn behauptet worden ist, die Beschränkung der Haftung des Reiches auf Fälle, in denen das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet sei, bedeute eine Aufforderung, reiche Leute auszuplündern, so kann mit ebensoviel oder wenig Recht geltend gemacht werden, die Haftung des Reiches für alle Tumultschäden bedeute die Ermutigung der Rutnicker des gestürzten Regimes, gegenrevolutionäre Machenschaften zu betreiben, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch innere Unruhen hervorgerufen werden können. Kann von einer Rechtspflicht des Reiches, Tumultschäden zu ersetzen, nicht die Rede sein, so kann nur der Gesichtspunkt der Billigkeit zur Begründung solcher Schäden führen; dieser aber schließt den unterschiedslosen Schadenersatz aus.

Es ist weiter geäußert worden, daß die Gemeinden dem Reich ein Drittel der Hauptsumme zu ersetzen hätten. Der Entwurf will sie aber zu dieser Leistung nicht etwa deshalb verpflichten, weil er ihnen eine Verantwortung für innere Unruhen zuschieben will. Entspricht es der Billigkeit, den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch eines Bürgers infolge innerer Unruhen zu verhindern, so ist es auch angemessen, daß alle öffentlich-rechtlichen Gemeinschaften, denen der Betroffene angehört, sich in den Schaden teilen, vor dem es den Einzelnen zu bewahren gilt. Im übrigen dürfte die Beschränkung der Haftung auf katastrophale Verluste dazu führen, daß keine Gemeinde von der ihr durch den Entwurf auferlegten Pflicht erdrückt werden wird.

Endlich hat man es getadelt, daß der Entwurf die unter der Herrschaft der älteren einzelstaatlichen Gesetze entstandenen Ansprüche gegen die Gemeinden beseitigt. Indessen war die ausschließliche Haftung der Gemeinden für alle Tumultschäden etwas so Willkürliches, daß ihre Beseitigung nur begrüßt und keineswegs als Unrecht empfunden werden kann. Anspruch, der von der Ungerechtigkeit erzeugt ist, verdient nicht deshalb bestehen zu bleiben, weil er einmal geboren ist.

Trotz der unfreundlichen Kritik, auf die der Entwurf des Tumultschädengesetzes gestoßen ist, glaube ich nicht, daß er große Aenderungen erfahren wird. Eine eingehendere Aussprache in dem Ausschuß, an den die Nationalversammlung den Gesetzentwurf verwiesen hat, wird die Opponenten vermutlich davon überzeugen, daß es den Knordrungen dem man billigerweise an ihn stellen kann, entspricht. Im übrigen spreche ich die Hoffnung aus, daß uns innere Unruhen fortan erspart bleiben und daß aus diesem Grunde das Tumultschädengesetz in Zukunft in unserem Rechtsleben keine Bedeutung haben möge.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 4. Oktbr. Am Ministertische: Dr. Bell.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Die Ergänzung zum Entwurf des Reichshaushaltsplanes für 1919 und die siebente Ergänzung des Besoldungsgesetzes werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Darauf wird eine Reihe von Petitionen debattelos erledigt. Zu der Petition betreffend die Zeitungsberichterstattung über die Reichstagsverhandlungen wünscht

Abg. Kunert (U. S.), daß der stenographische Bericht über die

Verhandlungen zum Selbstkostenpreise

käuflich gemacht werde, ein verkürzter objektiver Bericht aber in etwa einer halben Million Exemplaren veröffentlicht werden möge, letzterer zu einem mäßigen Preise.

Der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Bildung eines Stickstoffsyndikates wird ohne Aussprache erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Anfragen und zweite Lesung des Haushaltes (Reichsministerium, Reichskanzlei usw.). Schluß gegen 2 Uhr.

Parteinachrichten.

Der Parteitag der dänischen Sozialdemokratie.

Kopenhagen, 3. Okt. Der dänische sozialdemokratische Parteitag ist in Gegenwart von 406 Delegierten eröffnet worden. Aus Deutschland sind Adolf Ritter und Otto Wels erschienen. Der Vorsitzende, Olsen, hieß in seiner Begrüßungsansprache die deutschen Gäste willkommen, indem er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß die Lösung der nordschleswigschen Frage gute nachbarliche Beziehungen zwischen beiden Ländern schaffen werde. Wels erklärte, daß es während des Krieges den deutschen Arbeitern allein durch die Treue der dänischen Sozialdemokratie zur internationalen Brüderschaft möglich gewesen sei, die Verbindung mit den Arbeiterklassen der übrigen Welt zu unterhalten. Die Lösung der nordschleswigschen Frage werde jeden Grund zur Mißstimmung zwischen Deutschland und Dänemark entfernen.

Genosse Meerfeldt Ehrendoktor.

Die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät der neuen Universität Köln hat unseren Genossen Johann Meerfeld zum Doktor der Staatswissenschaften ehrenhalber ernannt. In einem Telegramm der Fakultät heißt es:

„Nach Fakultätsbeschluß gilt diese Ehrung dem Manne, der die Bemühungen um die grundsätzliche Genehmigung des Universitätsplanes im Ministerium wirkungsvoll unterstützt hat, der sich aus eigener Kraft zu hoher geistiger Bildung durchgerungen und auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und des Soziallebens als ideenreicher Schriftsteller von wissenschaftlicher Objektivität bewährt hat."

Wir verzeichnen gern diese Ehrung eines aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Redakteurs, Meerfeld, der langjährige Leiter der „Rheinischen Zeitung", der der Nationalversammlung angehört, ging aus dem Sattlerberuf hervor. Die junge Universität Köln ehrt sich selbst durch ihren Beschluß, den wir als ein gutes Zeichen frischen, weiten Geistes begrüßen wollen.

Gewerkschaftliches.

Der Berliner Metallarbeiterstreik.

Vom 1. Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes Berlin, Tosk, wird uns folgendes geschrieben:

Ueber 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie stehen zurzeit im schwersten wirtschaftlichen Kampf. Für die Berliner Metallarbeiter gilt es, die drohende Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenzbedingungen abzuwehren, die durch den geplanten Abbau der jetzt schon ungenügenden Löhne seitens der Unternehmer vorgenommen werden soll. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben in fünf Monaten währenden Verhandlungen die Absicht der Unternehmer erkannt. Bei Beginn der Verhandlungen versprachen sie Lohnerhöhungen, um später einen großzügigen Abbau der Löhne vorzunehmen. Diese Absicht trat bei der Verhandlungen klar zutage. Der am 21. August gefällte Schiedsspruch fand die Zustimmung der Arbeiterschaft unter der Voraussetzung, daß die Einzelanleitung der einzelnen Berufe in die durch diesen Schiedsspruch vorgesehene Lohnklasse den bestehenden Verhältnissen entsprechend erfolgen würde. Erneute Verhandlungen mit den Unternehmern sowohl wie im Schlichtungsausschuß zeigten, daß die Unternehmer sowohl wie im Schlichtungsausschuß zeigten, daß die Unternehmer bei der Einzanleitung ihr Ziel zu erreichen suchten. Die Teilschiedssprüche, die den Abbau der Löhne brachten, wurden von den Gruppenversammlungen abgelehnt. Nachdem alle Verständigungsversuche an dem Verhalten der Unternehmer gescheitert und die Geduld der Arbeiter erschöpft war, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die dem Metallkartell Berlins angeschlossenen Organisationen beschlossen den Kampf. Eine von 5000 Vertrauenspersonen besuchte Generalversammlung, in der alle Parteirichtungen vertreten waren, billigte einstimmig den Streik und die Taktik der Streikleitung.

Nicht nur die Kürzung des Lohnes ist das Ziel der Unternehmer, sondern ihr Kampf richtet sich auch gegen die Organisation der Metallarbeiter. Bei dem Siemensstreik im Juli d. J. mußten zirka 30 000 Arbeiter in den Streik treten, um die Maßregelung von 42 Vertrauensleuten der Organisation und Betriebsräten rückgängig zu machen.

Die Maßnahmen der Unternehmer richten sich nicht nur gegen die Berliner Metallarbeiter, sondern gegen die Arbeiterschaft im allgemeinen. Aus allen Teilen des Reichs mehren sich die Anzeichen, daß die Unternehmer genau wie in Berlin vorgehen wollen. Gelingt es den Scharfmachern der Berliner Metallindustrie, ihre Ziele durchzusetzen, dann werden die Unternehmer im Reich dadurch angespornt, gleichen Zielen zusammtreten zu suchen. Wehren die Berliner Metallarbeiter diesen Schlag erfolgreich ab, so ist dieser Erfolg gleichzeitig der Erfolg der deutschen Arbeiterschaft. Dessen sind sich die Berliner Metallarbeiter wohl bewußt, darum haben die am höchsten entlohnten Gruppen den Kampf eröffnet. Die Metallindustriellen Deutschlands sowie die gesamte Unternehmerschaft ist bestrebt, die Arbeiterschaft in die vorrevolutionäre Abhängigkeit zurückzuführen.

Einig und unter Wahrung höchster Solidarität der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands wird diese den Kampf gegen das monopolistische Kapital aufnehmen müssen.

Aus aller Welt.

Breslau. Schwerer Unglücksfall. In den Linke-Hoffmann-Werken ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Bei dem Gebrauch eines Wasser-Sauerstoffgebläses explodierte eine der Stahlplatten und tötete drei Arbeiter.

Ein Höhenweltrekord. Ein Junker-Flugzeug stellte einen neuen Höhenweltrekord auf; es erreichte, mit acht Personen bemannt, eine Höhe von sechstausendachthundertundfünfzig Meter. Bei seinem Flug war das Metallflugzeug ausgerüstet mit einem 185pferdigen Höhenmotor der Bayrischen Motorwerke.

Literatur.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 1. Heft vom 1. Band des 36. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Planmäßige Wirtschaft oder was sonst? Von Rud. Hilferding. — Schulkämpfe und Kompromisse im deutschen Verfassungswerk. Von Max Quark, M. d. R. T. — Die Gebietsverluste im Osten. Von Hans Feblinger. — Sozialisierung und Bevölkerungsproblem. Von Artur Heichen. Rätediktatur und Kommunistisches Manifest. Von K. Strauß. — Schülergärten. Eine Frage des Handfertigungsunterrichts. Von Herm. Krafft. — Literarische Rundschau: Professor Dr. K. Valsch, Gesundheitslehre für Frauen. Von Dr. B.

„Die Neue Erziehung", Sozialistische pädagogische Zeitwochenschrift. Herausgeber: Dr. M. H. Baege. Unterstaatssekretär z. D. im preußischen Kultusministerium. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 5 M. und Bestellgebühr, durch den Buchhandel 6 M., wenn direkt im Briefumschlage bezogen vom Verlag, Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9. Preis des Einzelheftes 1 M., des Doppelheftes 2 M.

Von zehn bis zwanzig.

9) Roman von Karl A. Meyer.

(Nachdruck verboten.)

„Weißt du, daß du gesündigt hast?" fragte der Inspektor. „Weißt du, weshalb du gestraft wirst, Bursche?"

„Ja!" stöhnte der Gefragte. „Ja, ja." Er glaubte, daß die Qual zu Ende sei.

Ein fünfter Streich ließ ihn von neuem zusammenfahren und ein sechster wollte ihm fast die Besinnung rauben. Wie ein Lichtschein durchzuckte ein Gedanke von Töten oder Hausvebrennen seinen Kopf und so fest fraß sich der Gedanke in sein Hirn, daß er das „Fertig" des Inspektors überhörte und es einer weiteren Aufforderung bedurfte, um den Platz für den nächsten freizumachen.

Ohne einen Laut und ohne ein Wort hören zu lassen, warf sich der Peskel über die Bank und nahm die vier ihm zudiktierten Hiebe entgegen. Auf des Inspektors Frage, ob er wieder sündigen wolle, gab er keine Antwort.

Jetzt kam des Inspektors Spaßmacher, der kleine achtjährige Meixner mit der „Kahlecke", an die Reihe. Er hatte schon zu winseln angefangen, als sein Vordermann auf der Bank lag; jetzt ging sein Winseln in lautes Heulen über. Weil er sich nicht freiwillig auf den Strafplatz legte, wurde er vom Aufseher gepackt und hingeschleppt. Unterwegs verlor er die Hose. Der hinter ihm stand, trug sie ihm nach.

„O, mein lieber, guter Inspektor, o, mein allerliebster Herr Inspektor!" jammerte er. Herr Aufseher, hauen Sie nicht so sehr, bitte, bitte, ja?" Und als der erste Hieb gefallen war, konnte er vor Stottern und Auweh-Schreien nicht weitersprechen.

Weil er nicht ruhig lag, mußten ihn zwei Zöglinge von der ersten Bank niederhalten. Er lief den „Inspektor Papa" und rotterte eine Reihe vertraulicher Worte heraus, die er sonst im Umgang mit dem Inspektor führte, wenn er mit ihm scherzte, und er versprach, ihm alles zu geben, was er Schönes besaß.

Mit zusammengezogenen Augenbrauen stand der Herr Inspektor daneben und überwachte den Strafvollzug.

„Genug," sagte er, „drei Hiebe sind's angetan, um die sündhaften Triebe in diesem Kleinen zu ertöten."

Was Wolfram an Stockschlägen ausgehalten hatte bisher, war erstaunlich. Da er zu den Bettnässern gehörte, machte er sehr oft mit der Strafbank Bekanntschaft und sein Gesäß zeigte nie die weiße Hautfarbe der andern Knaben; das war beständig von roten, blutunterlaufenen, blauen oder braunen Streifen, die ins grüne spielten, überzogen. Jetzt legte er sich auf die Bank. Beim ersten Hieb verhielt er sich ganz still, beim zweiten schrie er überlaut auf vor Schmerz. Sein Widerstand war gebrochen und sein Organismus wehrte sich gegen weitere Mißhandlungen, indem er gleichzeitig vorn wie hinten die natürlichen Ausscheidungen von sich gab. Der Knabe schwamm in einer Lache von Kot und Urin, und aus Furcht, daß nun die Peinigung erst recht und schlimmer vor sich gehe, schrie und jammerte er wie ein kleines Kind.

Der Inspektor befahl den Stubendiensten, die Unreinlichkeiten zu beseitigen und der Aufseher trug den Reinigungsdienst Stotzbach auf, drüben ein Bad zuzurichten und „das Schwein in die Wanne zu schmeißen".

Alexander Hardt war leichenblaß geworden. Essen konnte er nicht. Sein Löffel lag unberührt im Nudelbrei. Eine Aufregung war in ihm, wie er sie noch nie gekannt, mit Gedanken, wie er sie noch nie gedacht hatte.

Am liebsten wäre er aufgesprungen und hätte sich vor dem Inspektor hingestellt und ihn angeschrien, daß er seine Grausamkeit einstellen solle. Für die dieien Worte, die der Inspektor machte, während die nächsten hier auf der Strafbank lagen, hatte er kein Ohr. In seinem Kopfe wirbelten die Gedanken wüst durcheinander, nur manchmal wurde ihm der Vorgang klar, wenn ein allzulauter Schrei dazwischenfuhr.

Als der Strafakt vollzogen war, verließ der Herr Inspektor die Stube. Aufseher Springer sah nach dem Wolfram im Reinigungszimmer.

„Du Schwein hast ja zu deinen Mistereien die geeignetste Zeit ausgesucht. Für diesmal will ich die List gelten lassen; ein andermal werde ich dir die sinnigen Späße auszutreiben wissen, das merke dir!"

Als er zurückkam, warten die Zöglinge mit ihrem Essen fertig. Sie saßen noch auf ihren Plätzen und hörten des Vorsehers zum Aufsehen.

„Sonnheim, beten!"

Darauf sagte der Hornheim sein Sprüchlein her:

„Wir danken dir, Herr Jesu Christ,
Daß du unser Gast gewesen bist."

V.

Die Stubendienste räumten ab und fuhren die Stube aus. Hardt hatte nichts zu tun. Die andern gingen nach dem Schlafsaal, um ihre Wolldecken nach Flöhen durchzusuchen. Dazu hatte er keine Lust. Er lenkte hinüber ins Reinigungszimmer, um zu sehen, wie es dem Wolfram gehe.

„Was willst du hier?" herrschte ihn der Strohbach an und stampfte mit seinem elenden Bein. Zugleich tauchte er die Schöpfgelte in die Wanne und drohte, ihm einen Platsch Wasser über den Kopf zu gießen.

„Glaubst du, ich fürchte mich vor dir?" sagte der andere und lachte. Mit schnellen Sprüngen war er bei Strohbach und stieß ihn an den Armen gepackt. „Glaubst du, ich habe Angst vor dir?" wiederholte er. „Aber sprich," setzte er hinzu, „warum bist du so ruppig zu mir?" Er ließ die Hände von ihm ab. „Ich habe dir doch nichts getan."

Des Strohbachs Augen schauten verwundert auf. Er hinkte einen Schritt zurück und ließ die Gelte ins Wasser fallen.

Gleich trat er wieder auf ihn zu und reckte ihm die Hand entgegen. „Du gefällst mir!" sagte er im Tone aufrichtiger Freundschaft, „wollen wir Freunde werden?" Und verächtlich, wie es seine Art war, die Hardt schon kennengelernt hatte, fügte er hinzu: „Die anderen sind alle Memmen. — Warum bist du nicht auf dem Schlafsaal?"

„Weil ich keine Lust habe, Flöhe zu fangen."

„Wenn dich aber der Springer erwischt! —"

„Bah!" machte Hardt und zuckte die Achseln.

„Der wird dich prügeln!"

„Vor mir aus . . . Mir scheint, man kriegt hier immer Prügel, ja oder ja, verdient oder unverdient. Und da will ich meine Prügel lieber verdient haben."

„Weißt du was?" sagte der Reinigungsdienst darauf, „sagt, hättest mir geholfen."

Wolfram kletterte aus der Wanne. Auf seinem Gesäß waren in Regenbogenfarben (so sagte der Aufseher Springer) die Schwielen sichtbar, die der Knabe in der letzten Zeit wegen Bettnässens und denn wegen des heutigen Vorfalles erhalten hatte. Hardt sagte: „Wenn mir heute zum Besuch meine Mutter nicht mitbringt, gebe ich dir ein Stück, Wolfram. — Tut's noch recht arg weh?"

Das Wolfram guckte ihn an und nickte mit dem Kopfe, sagte aber nichts. Dann zog er sich an und ging, die Weise pfeifend, zur Tür hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191006-19/fragment/page=0003

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Rohfleisch und Rohwurstkonserven in der Talamtschule am Dienstag, den 7. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 13 601—19 500 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 19 501—27 000 nachm. von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit 1 bis 3 Personen eine Einkliedose Rohfleisch oder Rohleberwurst, für weitere drei Personen eines Haushaltes noch eine Einkliedose Rohfleisch oder Rohfleischwurst abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine Einkliedose beträgt 11 Mark. Außerdem liegt in der Talamtschule Rohblutwurst in Einkliedosen zum Preise von 6 Mark und in Zweikliedosen zum Preise von 11 Mk. freibändig zum Verkauf. Die Rohfleisch- und Rohwurstkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

50 Gramm Butter. In der Woche vom 6. bis 12. Oktober werden auf den Abschnitt 41 der Fettkarte für jede Person des Haushalts 50 Gramm Butter zum Preise von 65 Pf. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 13. Oktober, abzuliefern.

50 Gramm Margarine. In der Woche vom 6. bis 12. Oktober werden auf den Abschnitt 411 des Warenbezugsscheines Nr. 25 für jede Person des Haushalts 50 Gramm Margarine abgegeben. Der Einkauf hat in den Geschäften zu erfolgen, in denen die Käufer zur Butterkundenliste und nicht zum Warenbezug angemeldet sind. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 13. Oktober, abzuliefern.

Graupen. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Graupen wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 7. Oktober. Es kann für jede Person eines Haushaltes ¼ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 44 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Graupen einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 408 des Warenbezugsscheines 25. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hundertern gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Städtischer Verkauf von Rasterseife in der Talamtschule am Dienstag, den 7. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 13 601 bis 19 500 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 19 501—27 000 nachm. von 2—6 Uhr. Es kann gegen Vorlage des Lebensmittelscheines an Haushalte mit 1—2 Personen ein Stück Rasterseife, an Haushalte mit 3—4 Personen 2 Stück und an Haushalte mit 5—6 Personen 3 Stück usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis für ein Stück Rasterseife beträgt 60 Pf. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Halle, den 6. Oktober 1919. **Der Magistrat.**

Volkshochschule
in Halle.

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Gesunderhaltung des menschlichen Körpers. Stadtschularzt Dr. Peters in der Aula der Lostrafenschule am 13., 20. und 27. Oktober, „ 3., 10. und 17. November von 7—8½ Uhr abends. **Preis: 3.— Mk.**	**Anleitung zur Betrachtung von Kunstwerken der alten und neueren Zeit.** Privatdozent Dr. Weege im Hörsaal 18 der Universität am 28. Oktober, 4., 11., 18. und 25. November, 2., 9. und 16. Dezember von 8¼—10 Uhr abends. **Preis: 4.— Mk.**	**Die Braunkohle und ihre Verwertung.** Prof. Dr. Erdmann im Hörsaal 18 der Universität am 22. und 29. Oktober, 5., 12., 19. und 26. November, 3. Dezember von 8¼—10 Uhr abends. **Preis: 3.50 Mk.**	**Einführung in Goethes „Faust" I.** Oberlehrer Haas im Hörsaal 19 der Universität am 16., 23. und 30. Oktober, 6., 13., 20. und 27. November, 4., 11. und 18. Dezbr. von 8¼—10 Uhr abends. **Preis: 5.— Mk.**	**Gut und Böse.** Professor Dr. Menzer im Hörsaal 19 der Universität am 17., 24. und 31. Oktober am 7., 14., 21. und 28. November, am 5. Dezember von 8¼—10 Uhr abends. **Preis: 4.— Mk.**	**Die Elektrizität und ihre Anwendung.** Professor Dr. Schmidt im kleinen Hörsaal des Physikalischen Instituts am 15., 22. und 29. November, „ 6., 13. und 20. Dezember von 8¼—10 Uhr abends. **Preis: 3.— Mk.**
		Winke und Ratschläge für die Erziehung der Kinder im Hause. Lehrer Schmölling in der Aula der Talamtschule am 15., 22. und 29. Oktober, „ 5. und 12. November von 7—8½ Uhr abends. **Preis: 2.50 Mk.**	**Geschichte der sozialistischen Ideen.** Geheimrat Prof. Dr Waentig im Hörsaal 18 der Universität am 16., 23. und 30. Oktober, 6., 13., 20. und 27. November, 4., 11. und 18. Dezbr. von 8¼—10 Uhr abends. **Preis: 5.— Mk.**		**Einführung in Richard Wagners Tannhäuser, Lohengrin und Meistersinger, Dichtung u. Musik.** Professor Dr. Abert im Hörsaal 18 der Universität am 18. und 25. Oktober, „ 1., 8., 15. und 22. November von 8¼—10 Uhr abends. **Preis: 3.— Mk.**
		Stimmbildung, Sprechen, Vortragen. Lektor Dr. Wittsack im Hörsaal 19 der Universität am 15., 22. und 29. Oktober, „ 5. 12. 19. und 26. November, „ 3. 10. und 17. Dezember von 8¼—10 Uhr abends. **Preis: 5.— Mk.**			

Eintrittskarten zu den Lehrgängen und Vorträgen sind in der Lippertschen Buchhandlung, Gr. Steinstraße 77/78, und im Gewerkschaftshause, Harz 42—44, zu erhalten.
Die Feier der Eröffnung erfolgt Sonnabend, den 11. Oktober 1919, abends 6 Uhr pünktlich im Saale des Stadtgymnasiums; zum Besuche berechtigen Einladungen und Hörerkarten.

Halle, den 2. Oktober 1919. **Der Magistrat.**

Walhalla-Operettentheater. Anfang ½8 Uhr: Zum 50. Mal: **Schwarzwaldmädel** Letzte Woche! Kasse v. 10-1½ u. 4-6.

Stadt-Theater Dienstag, d. 7. Okt. 19, Anfg. 7½, Ed. 10½ Uhr: **Tor und Zimmermann.** Mittwoch: Egmont.

Schluss der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr.

Karbid eingetroffen. **H. Laas,** Gr. Steinstr. 32 (Badn.).

Neu erschienen: Der Mißbrauch der Revolution von Erdmann jun. In diesem Heft wird die zum Ruin des Volkes führende Politik der Unabhängigen u. Kommunisten geschildert. **Preis 80 Pfg.** Bestellungen nehmen unsere Austräger entgegen. **Buchhandlung der Volksstimme** Große Ulrichstraße 27.

Elektrische Licht- und Kraftanlagen führen in sachgemäßester Weise bei Verwendung nur erstklassiger Materials und Kupferleitungen aus **Störzner & Kittler,** Halle a. S., Buchenstraße 13a. Tel. 5165. NB. Großes Lager in Beleuchtungskörpern.

U.T.

Leipzigerstrasse Nr. 88 Fernruf Nr. 1224. **Henny Porten** in dem köstlich. Lustspiel **„Auf der Alm, da gibts ka Sünd".** Vorführ.: 5.20 7.30 9.50. **Die Tat des Anderen** Ein Volksspiel aus den großen Wäldern in 5 Akten mit Carl Alstrup, Gudrun Houlberg. Vorführ.: 4.10 6.20 8.30. Freikarten haben nur bis 6 Uhr Gültigkeit. Beginn 4 Uhr.

Alte Promenade Nr 11a. Fernruf Nr. 5738. **Albert und Else Bassermann** Gertrud Welcker in **„Das Werk seines Lebens".** Drama in 6 Akten. Vorführ.: 4.00 6.10 8.20. Beginn 4 Uhr.

Dauer-Batterie beste Qualität, **Mk. 1.75** **Sobel,** Steinweg 45. Geiststr. 8. Reilstr. 1 Ammendorf Bahnhofstr. 3

Boxcalf, Kalbleder, Rossbox hat abzugeben **Paul Andersch,** Magdeb.-Str. 8.

Küchen, Schlafzimmer **Möbel** 3 Moritzwinger 3 Emil Winkel **Reformbetten** Einzelmöbel, Chaiselongues.

Prima Kautabak! garantiert rein, erstkl. Beige, große Rollen, alle Quantitäten dauernd lieferbar. Probemuster von 50 Stück 50 Mark an, versendet gegen Nachnahme Oskar Gross, Gießen (Hess.), Bahnhofstr. 48.

Kommoden, Bettstellen mit Matratzen, Waschtische, komplette Küchen zu 450, 550, 650 bis 1000 Mk., Tische, Stühle, Spiegelschränke, Spiegel verk. preiswert. **Max Jungblut,** Möbelgeschäft, Albrechtstr.

Apollo-Theater Heute abend 7½ Uhr: Erstaufführung: Der **liebe Augustin.** Operette v. Leo Fall. Nicola D. Lösscher a. G. August. M. Willenz a. G. Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Ziehung 18. Oktober **Kölner Los 2 M** Porto u. Liste 40 Pf. extra 5 Lose 10 M 11 Lose semisicht nur 20 M 4577 Gewinne **110000 50000 30000 20000** Ziehung Berlin **Rote † Los 3 M** 30 **Nürnberger Geld-Los 3 M** 30 St. Lorenz-Geld-Los empfiehlt Bank- u. Lotteriegeschäft **A. Eulenberg jr.** Elberfeld.

Alte, abgespielte, auch zerbrochene **Grammophon-Platten** jeder Art, ihre **Phonograph.-Walzen** kauft zu höchsten Preisen ohne Gegenkauf **Gustav Uhlig,** Uhren u. Musikwerke, Unt. Leipziger Str.

Hausierer! Händler! Die besten Hausierartikel sind meine geschützten Neuheiten. In Haus u. Küche unentbehrlich. Durch Ausschaltung der Zwischenhandels enormer Geldverdienst. 3 Muster 3,50 Mk. inkl. Nachnahme. Rechtsstellung sichert. Anfragen erbeten unter O. N. 1031 an Rud. Mosse, Nordhausen.

Neumarkt-Fischhalle Geiststrasse 33

Lachsforellen frisch eingetroffen **Seefische** täglich frisch, **Räucherwaren** Bücklinge, Schellfische, Fluss-Aale — Lachs, ‡ ff. Lachsbücklinge ‡ **Oelsardinen, grosse Auswahl.** **Karl Pfeiffer,** Halle Geiststr. 33 Telephon 6658. — Telegr.-Adr.: Neumarktfisch Eigene Kühlanlage. Versand nach Auswärts.

Neumarkt-Fischhalle Geiststrasse 33 — Neumarkt-Fischhalle Geiststrasse 33

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis (Alte Partei) Gegründet 27. März 1869.

Sekretariat: Halle-Saale, Harz 42/44 1 Treppe, Zimmer 12 Telephon 6900 Sprechstunden täglich von 9—1 u. 4—6 Uhr.

Das Organ des Vereins ist die **Volksstimme**

Expedition: Gr. Ulrichstrasse 27, Telephon 5407. Redaktion: Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802.

Aufnahmen für den Verein werden im Sekretariat und in der Expedition der Volksstimme entgegengenommen. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg. pro Person. Der wöchentliche Beitrag beträgt 20 Pfg. für männliche und 10 Pfg. für weibliche Mitglieder.

Versammlungslokal: St. Nikolaus, Nikolaistrasse.

Die Mitgliederversammlung findet jeden 1. Mittwoch im Monat im Gasthof zum St. Nikolaus statt. Gäste sind in den Versammlungen willkommen.

Der Vorstand. Robert Heine, Vorsitzender.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191006-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, 5. Oktober 1919.

Bildungsausschuß.

Dienstag nachmittag 5 Uhr wichtige Sitzung am üblichen Ort.

* Verein Arbeiterjugend. Dienstag, den 7. d. M., abends 7 Uhr findet unsere erste Versammlung im neuen Jugendheim, Kleiner Berlin 1, I. Etage, statt. Das Thema des Vortrags wird in der Versammlung bekannt gegeben. Der Vorstand.

An unsere Mitglieder. Das Protokoll über die Verhandlungen des diesjährigen Parteitages ist erschienen: Der Preis für die Vereinsausgabe beträgt brosch. 7,50 Mk., geb. 10 Mk. Bestellungen werden im Sekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 12 und in der Expedition der Volksstimme entgegengenommen. Der Vorstand.

Vortragskursus des Bildungsausschusses.

In der kommenden Woche beginnt unsere fünf Abende umfassende Vortragsreihe über

„Die Geschichte des Sozialismus und der deutschen Sozialdemokratie“.

und zwar ist der erste Vortrag bereits am

Mittwoch, den 8. Oktober, abends 8 Uhr

im Auditorium 9 (altes Universitätsgebäude) der Universität. Redner sind die Genossen Friedrich Kleeis und Abgeordneter Adolf Thiele. Die Gliederung der Vorträge ist folgende:

I.
Mittwoch, den 8. Oktober:
„Der Begriff, die historischen Grundlagen und Anfänge des Sozialismus.“
Vortragender: Genosse Kleeis.

II.
Mittwoch, den 15. Oktober:
„Die sozialistischen Bestrebungen in Deutschland bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.“
Vortragender: Genosse Kleeis.

III.
Mittwoch, den 22. Oktober:
„Die Gründungsjahre der deutschen Sozialdemokratie.“
Vortragender: Genosse Kleeis.

IV.
Mittwoch, den 29. Oktober:
„Die Sozialdemokratie unter dem Ausnahmegesetz.“
Vortragender: Genosse Thiele.

V.
Mittwoch, den 5. November:
„Die letzten dreißig Jahre.“
Vortragender: Genosse Thiele.

Die Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr. Eintrittskarten für den ganzen Kursus zu 1 Mk. für Mitglieder und 1,50 Mk. für Nichtmitglieder sind in der Geschäftsstelle der „Volksstimme“, im Parteisekretariat, bei allen Funktionären, Vertrauensleuten und am Saaleingang zu haben.

Buchdrucker, Kilian und Generalstreik.

In der gestrigen Buchdruckerversammlung, die zu einem eventuellen Generalstreik wegen Haftentlassung Kilians Stellung nahm, wurden die leichtfertigen Generalstreikjongleure ganz gehörig abgeführt. Gleich zu Anfang stellte Herr Elitzsch den Antrag, diese Versammlung nicht stattfinden zu lassen, bis die allgemeine Vertrauensmännerkonferenz darüber entschieden habe. Die Buchdrucker waren jedoch der Meinung, daß die Mühle sich mit dem Winde dreht, nämlich daß erst die Mitgliedschaft gefragt werden und dann die Vertrauensleute erst als deren Sprachrohr auf der Vertrauensmännerkonferenz die Meinung der Mitglieder zum Ausdruck zu bringen haben. Mit überwiegender Mehrheit wurde das Abhalten der Versammlung beschlossen. Der Koll. Mangelsdorf eröffnete darauf die Versammlung und gab einen Bericht über seine Tätigkeit als Vertreter der Buchdrucker zwecks Untersuchung des Falles Kilian. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß Kilian, der bekanntlich Mitglied des Buchdruckerverbandes ist, mit der Insserierung eines Generalstreiks nicht im mindesten adelnd bei Kilian selbst wie seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Müller, haben vor einer derartigen Aktion dringend gewarnt. Der Vorsitzende las ein Schriftstück Kilians vor, in welchem derselbe sich ausdrücklich gegen einen Generalstreik um seine Person verwahrte. Koll. Mangelsdorf schloß damit, daß die Buchdrucker wie die gesamte Arbeiterschaft die Augen offen halten müßten und sich ihre Entschließungen nicht von gewissen Phrasendreschern diktieren lassen dürften. In der anschließenden Diskussion kam es klar zum Ausdruck, daß die hiesigen Buchdrucker für einen Streik nicht zu haben sind. Als sich der Arbeitersekretär Lemck zum Wort meldete, erhob sich ziemlich lebhafter Widerspruch, da man allseitig auf die Quacksalberei dieses „Revolutionärs“ verzichten wollte. Erst auf Befürwortung unserer Genossen wurde ihm das Wort erteilt, da er noch einige „Aufklärung“ geben wollte. Das Pu und Co seiner „Aufklärungsrede“ war jedoch, daß er dem Koll. Mangelsdorf nicht nur Ungeschicklichkeit vorwarf, sondern auch Verdächtigungen gegen denselben aussprach. Ja warum hat man denn auch nicht Herrn Lemck die Sache übertragen? Der hätte doch z. B. bei seiner Mission viel mehr Erfolg gehabt, „wenn“ — der böse Staatsanwalt nicht gelogen hätte (Bericht der Fünferkommission). Die Ausführungen Lemcks wurden schließlich so schnurrig, daß er unter dem Gelächter der Versammlung das Podium verließ und weiter aufgeklärte Weisheiten für sich behielt. Es rückten dann noch mehr Redner der „Radikalen“ an, die anscheinend alle ihre „Kanonen“ aufgefahren hatten. Gen. Chemnitz wurde dabei mit einer nicht gerade sehr wahrheitsfesten Klique in eine Debatte verwickelt, die am Ende zeigte, mit welch infamen und verleumderischen Mitteln von dieser Seite gearbeitet wird. Einer dieser „Kämpen“ mußte sogar öffentlich vor der ganzen Versammlung als Verleumder und Ehrabschneider gekennzeichnet werden und mußte sich bissig grollend dem bösen Geschick fügen. Weiter wurde die demagogische Schreibweise des Volksblattes an Hand einer Notiz betr. Einberufung der über den eventl. Streik bestimmenden Betriebsrätekonferenz gegeißelt. Es wurde darin geschrieben, daß an der Tür das Buch der — U. S. P.! — zur Kontrolle vorgezeigt werden müsse. Da man nun bekanntlich auch bei der allerärgsten Fertigkeit nicht gegen das „zeugen“ kann, was schwarz auf weiß vorliegt, behauptete der unentwegte Volksblattanwalt Lemck unter stürmischer Heiterkeit der ganzen Versammlung, daß dies „gewiß“ ein — Irrtum sei. Wenn auch zum Schluß der Versammlung die reingefallenen U. S. P.-Kämpen hämisch erklärten, die Hallesche Arbeiterschaft braucht die Buchdrucker nicht zum Generalstreik, und wird sie auch nicht darum fragen, so haben sie die Abfuhr, die sie von den Buchdruckern bekommen haben, damit nicht illusorisch machen können. Die Buchdrucker, die schon von jeher die bestorganisierte Arbeiterkategorie waren und infolge ihrer Tätigkeit schon immer die Elitetruppe des kämpfenden Proletariats bildeten, lassen sich eben, da sie selbst noch sehr viel eigenes Urteil besitzen, nicht so leicht von jedem politischen Harlekin für phantastische Revolutionsromantik und egoistische Eigenbrödelei gewisser Kreise auf die Straße jagen. Wie in früheren Tagen, so können auch jetzt wieder die Buchdrucker den anderen Proletariern den rechten Weg weisen, dann wird bald der Schädling der Arbeiterbewegung, der Terrorismus, weichen und unter dem Zeichen der freien Meinungsäußerung werden die Arbeiter dann in der Lage sein, die Einheitsfront herzustellen, die nötig ist, wenn, wie der Koll. Chemnitz in der Diskussion betonte, unsere heiligsten Güter in Gefahr sind.

Streik bei der Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Uns wird von der Halle-Hettstedter Eisenbahn geschrieben:

Das Personal der Halle-Hettstedter Eisenbahn ist seit gestern, Sonntag, früh in den Ausstand getreten. Der Betrieb ruht vorläufig. Ueber irgendwelche Verhandlungen kann noch nichts mitgeteilt werden, da bisher, wie uns von der örtlichen Verwaltung berichtet wird, an die örtliche Verwaltung von dem Personal Forderungen noch nicht gestellt sind. Es soll sich um Forderungen und Differenzen handeln, die ein sogenannter Zentralausschuß der Angestellten im Konzern Lenz & Co. mit der Hauptverwaltung Lenz & Co. Berlin hat.

Es wird uns dazu von dem dortigen Beamtenausschuß mitgeteilt, daß vorstehende Notiz der Eisenbahngesellschaft den Tatsachen nicht entspricht. Der Streikgrund ist nicht, wie gemeldet wird, unklar, sondern die Angestellten des Tarifes A haben zum Mittel des Streiks gegriffen, da die Verhandlungen mit den Unternehmern um Anerkennung ihres Tarifes gescheitert sind. Wir werden noch näheres darüber berichten.

Arbeitsbeschaffung für Reichswehrentlassene.

Vom 1. Oktober ab sollen nach und nach 150 000 Reichswehrmannschaften entlassen werden. Für dreiviertel dieser Entlassenen muß organisatorisch Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, und zwar zum Teil auch in der Forstwirtschaft. Der Landwirtschaftsminister hat die Regierungen ersucht, unverzüglich im Einvernehmen mit den Generalkommandos die erforderlichen Schritte zur Beschäftigung der zu entlassenden Reichswehrmannschaften zu tun.

* **Winterbeihilfe für Erwerbslose.** Die Reichsregierung hat in Aussicht genommen, die großen Städte zu ermächtigen, daß sie vom 1. November bis zum 31. März bestimmten besonders bedürftigen Gruppen von Erwerbslosen eine Winterbeihilfe gewähren. Eine entsprechende Verordnung ist in der nächsten Zeit zu erwarten. Außerdem beabsichtigt die Reichsregierung, die Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen durch die Einrichtung einer produktiven Erwerbslosenfürsorge nachdrücklich zu fördern.

* **Städt. Arbeitsamt.** Die Vermittlungsstellen des städtischen Arbeitsamtes für weibliche Berufe (Berufsberatung, kaufmännische Angestellte, gewerbliche Arbeiterinnen, Hausangestellte, Landwirtschaft, Aufwarte-, Putz- und Waschfrauen) wurden von Salzgrafenstraße 2 nach Große Brauhausstraße 30 verlegt. Die Abteilung für Landwirtschaft (männliche Abteilung) befindet sich nicht mehr Gr. Ulrichstr. 55, sondern Salzgrafenstraße 2.

* **Die fehlenden Schuhvorräte.** Mit der Bitte um Veröffentlichung und zum Zwecke der weiteren Aufklärung und tunlichsten Behebung der Allgemeinheit schreibt man uns aus dem Kreise des hiesigen organisierten Lederhandels wie folgt: Durch mannigfaltige Pressemeldungen ist wohl hinreichend bekannt geworden, daß nach Aufhebung der Zwangswirtschaft für das Ledergewerbe die Preise für Leder zu ganz außergewöhnlicher Höhe und zwar völlig unvermittelt emporgeschnellt sind. Es ist dies nicht nur von Fachleuten, sondern auch von der Regierung vorausgesehen worden. Die strenge Zwangswirtschaft verfolgte bekanntlich den Zweck, die Preise für die rohen Häute, für Leder und dementsprechend auch für die fertigen Schuherzeugnisse künstlich niedrig zu halten. Diese an sich gewiß löbliche Absicht hat auch den gewünschten Erfolg gezeitigt, denn es ist hinlänglich erwiesen, daß in allen neutralen und feindlichen Ländern das Schuhwerk sich im Preise erheblich höher stellte als bei uns. Das Ende der Zwangswirtschaft mußte nun die natürliche Folge haben, daß die bisher niedrigen Preise der Rohhäute sich dem Weltmarktpreis näherten. Hierdurch mußten freilich die Bestände an fertigen oder auch nur halbfertigen Ledern erheblich an Wert gewinnen, weshalb die Regierung zu der Maßnahme schritt, den entfallenden Konjunkturgewinn zu 60 Proz. für das Reich zu beschlagnahmen und zwar zu dem ausgesprochenen Zwecke, die dadurch sich aufsammelnden Summen zur Herstellung wohlfeilen Schuhwerks für die minderbemittelte Bevölkerung zu benutzen. Die restlichen 40 Proz. sollen allerdings den Gewinnern verbleiben, um ihnen einen Ausgleich zu bieten für die einst sicher zu erwartenden Verluste bei Eintritt der unausbleiblichen Senkung der Preise im Lederaschäft. Ob diese Wirtschaftspolitik der Regierung eine weise zu nennen ist, mag hier unerörtert bleiben.

Nun hat der Obermeister der Hallischen Schuhmacherinnung kürzlich mittelst der hiesigen Tagespresse einige der heutigen Preise genannt, wie solche für Leder und darauf gegründete Schuhpreise sich durchsetzen müssen für Maßstiefel über 200 M.). Diese Bekanntmachung hat unter den Verbrauchern aller Stände begreifliches Erstaunen ausgelöst. Es ist aber mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß sich die Verbraucher nicht ohne weiteres ins Bockshorn jagen lassen werden, sondern daß sie sich vielmehr nach Schuhwerk umsehen werden, das nicht aus Leder hergestellt ist. Es ist aber mit großer Wahr-

Die Frankfurter Einfuhrmesse.

Es muß den modernen Menschen merkwürdig berühren, wenn er liest, daß in unserer Zeit das Messewesen wieder eine Bedeutung erlangt, wie es vielleicht früher einmal, im Mittelalter, der Fall gewesen ist, wo die periodischen Messen gewissermaßen ein Organ der gebundenen Wirtschaft gewesen sind. Damals war der Handelsverkehr nicht anders möglich, als daß der Güteraustausch durch Messen und Märkte reguliert wurde. Wir waren an die Handelsfreiheit gewöhnt, erst der Krieg, der durch den Willen Englands ein Wirtschaftskrieg wurde, hat uns wieder in Zeiten zurückversetzt, wie jene waren, von denen wir eingangs sprachen. Der Krieg hat die Handelsbeziehungen zerstört, hat den Kaufmann von seinen Kunden getrennt, hat die Zahlungsmöglichkeiten beschränkt. Nur so ist es zu erklären, daß wir jetzt in Brüssel, in Utrecht, in Turin, Padua, Benedig, Malmö und Gotenburg Messen entstehen sehen, ja, daß auch Frankreich und Amerika daran gehen oder schon darüber hinaus sind, solche Messen zu organisieren.

Die Frankfurter Einfuhrmesse ist wegen ihrer besonderen Bedeutung eine der eigenartigsten der Welt. So rechtfertigt es sich, über sie einiges zu berichten. Was soll ihre Aufgabe sein?

Der Krieg hat nicht nur Deutschland schwere wirtschaftliche Nachteile gebracht, er hat auch tief in das ökonomische Leben der alliierten und der neutralen Staaten eingegriffen. Der Mangel an Produkten aller Art ist auch dort nicht gering, die Verbindungen waren für sie genau so gut gestört, wenn nicht zerschnitten, wie für uns. Da will nun die Frankfurter Messe eine gewisse Generalprobe darauf sein, in welchem Umfange und zu welchen Preisen wieder Beziehungen angeknüpft werden können. Die erste Aufgabe ist demnach: eine Anregung in der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu geben, um den deutschen Arbeitsmarkt in die Lage zu versetzen, möglichst viel Arbeitskräfte zu beschäftigen. Es muß darauf ankommen, möglichst solche Rohstoffe und Halbfabrikate zu bekommen, in die wir viel produktive, schöpferische Arbeit hineinstecken können, vor allem Qualitätsarbeit, mit der wir auf dem Weltmarkt ohne Konkurrenz sind. Alles kann man uns nicht nachmachen: die geistigen Kräfte, die Technik, mit einem Wort, deutsches Gehirn sind bis zu einem bestimmten Grad ohne Konkurrenz, wenn sie richtig bewirtschaftet werden. So wird das Wort „Einfuhrmesse“ nur bedingt richtig sein, das Unternehmen wird sich ebensosehr den deutschen Fabrikanten für die Ausfuhr zur Verfügung zu stellen haben, nicht allein der Valuta wegen. Man kann auch so sagen: die Messe soll den feinen Mechanismus der internationalen Handelsbeziehungen wieder in Gang setzen, der Geschäftsmann im Ausland soll wieder mit dem deutschen Abnehmer in persönliche Fühlung kommen, soll sich an Ort und Stelle überzeugen, in welchem Umfange die Wirtschaft wieder exportfähig ist.

Hier berühren sich deutsche und ausländische Ziele. Wie wir nach Rohstoffen jammern, so hungert der Ausländer nach deutschen Waren, was nicht allein durch den Tiefstand der deutschen Valuta begründet wird. Es ist in den Kreisen der deutschen Arbeiterschaft viel zu wenig bekannt, daß die zerquetschte deutsche Mark für den ausländischen Kaufmann ein Anreiz ist, unsere Waren zu kaufen, weil er sie nach ausländischen Werten berechnet, für ein Butterbrot erhält. Natürlich sind für uns die Waren am vorteilhaftesten abzugeben, wozu wir möglichst wenig Rohstoffe vom Ausland hineinzustecken brauchen. Die Einfuhrmesse wird also wie ein feines Uhrwerk zu regulieren haben, möglichst vorteilhaft nach außen abzuschließen und auf der anderen Seite nur solche Rohstoffe zu begünstigen, die möglichst viel Arbeit erfordern. Es zeigt sich darin, wie sehr wir gerade jetzt mit dem Ausland Geschäfte machen könnten, wenn — ja wenn wir eben etwas mehr auszuführen hätten. Nur ein Jahr die Produktion ununterbrochen im Gange gehalten, würde geradezu Wunder wirken.

Wir haben an dieser Entwicklung auch als Arbeiter ein großes Interesse. Immer mehr hören und lesen wir, wie sich die anderen Länder gewisse Industrien im eigenen Lande groß ziehen. Wir verweisen nur auf die Teerfarbstoffindustrie. Unsere Chemie und unsere kaufmännische Tüchtigkeiten hatten aus dieser Industrie etwas Hervorragendes entwickelt. Was auf dem Gebiete der Farbstoffindustrie geleistet worden ist, übersteigt alle Begriffe. Gerade diese Industrie wird durch die Nachwirkung des Krieges hart betroffen. Die Gefahr ist groß, daß, wenn wir nicht rechtzeitig wieder mit dem Ausland in geschäftliche Beziehungen kommen, ein großer Teil der ausländischen Kundschaft verloren geht. Wir haben es dabei mit einer Industrie zu tun, in der wenig ausländische Rohstoffe stecken, die allein durch Individualarbeit den Weltmarkt beherrscht. Was das für die deutsche Wirtschaft bedeutet, da rechtzeitig rechtzeitig wieder auf dem Markt zu erscheinen, braucht hier nicht näher dargelegt zu werden. Das gleiche trifft aber noch auf eine Anzahl weiterer Industrien zu.

Weiter: Im Ausland macht man sich zum Teil über die Niederlage der deutschen Industrie ganz falsche Begriffe. Alarmierende Nachrichten über die Wirkung der Streiks haben da viel Wirrwarr angerichtet. In der Frankfurter Einfuhrmesse soll gezeigt werden, daß vieles davon übertrieben ist. Wir glauben, daß das Ausland davon überrascht sein wird, was die deutsche Industrie, das Handwerk, der Handel trotz der harten Kriegsjahre, trotz der zerstörten Wirtschaft noch bieten kann. Schon allein, daß das Vertrauen zu unserer Wirtschaft dadurch steigen muß, gibt dem Unternehmer Kraft und Stärke.

Man muß diese Messe, an der sich so ziemlich alles beteiligt, was irgendwie mit Volkswirtschaft zu tun hat, die die Regierung unterstützt, die auch die organisierte Arbeiterschaft mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, als ein gewiegtes Unternehmen bezeichnen. Heute, wo wir den Stand der Messe übersehen können, wo wir beobachten, wie ein Neubau nach dem anderen errichtet wird, weil die große Festhalle mit allen Nebengebäuden nicht ausreicht, die Zahl der Beteiligten zu fassen, weiß man bereits, daß das Wagnis gelungen ist. Man glaubte anfangs, es solle ein Konzernunternehmen zu der Leipziger Messe werden. Nichts ist falscher als das. Man kann eher von einer Ergänzung sprechen. Frankfurt liegt hart an der Grenze des besetzten Gebietes. Daraus erwachsen für die Stadt große Aufgaben für die Zukunft. Sie hat ungefähr die gleiche Rolle gegen den Westen hin zu spielen, wie es etwa Leipzig für den Osten tun wird.

Wenn jetzt Deutschland zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft schreitet, ist die Wiedereinrichtung geschäftlicher Beziehungen die erste Voraussetzung. Die Aussichten dazu sind nicht ganz so trostlos, wie man uns immer glauben machen will. Sie sind — das muß gesagt werden — nicht ermutigend. Aber in solchen Unternehmungen wie in Frankfurt steckt doch ein großes Stück Selbstvertrauen. Es zeigt, daß wir uns gewissermaßen an den eigenen Haaren aus dem Schlamm ziehen wollen. Es liegt Vertrauen zur Volkskraft darin, etwas, was uns auch vom Arbeiterstandpunkt aus freuen kann. Und wenn die Welt kommunistisch würde, ohne Vertrauen auf die eigene Arbeit müßte sie dennoch zusammenbrechen. Zugunsten dieses Selbstvertrauens kommt der große Warenmangel, der in aller Welt herrscht, der auch uns zugute kommt. Ungeheure Werte sind zerstampft, zerschossen, zertreten worden. Sieger und Besiegte haben das gemeinsame Interesse, wieder aufzubauen. Dabei steht fest — das zeigen die Erfahrungen bereits in Frankfurt —, daß ein starkes Bedürfnis nach deutschen Waren vorliegt. Wenn man uns auch wirtschaftspolitisch noch sehr knechten will, die deutsche Ware wird sich ihren Weg suchen. Die Einfuhrmesse will helfen, alle die Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich hindernd in den Weg stellten.

Frankfurts Einfuhrmesse soll eine dauernde Einrichtung bleiben. So wenigstens ist die Hoffnung der Arrangeure. Der erste Versuch wird zeigen müssen, ob der Gedanke durchführbar ist, vielleicht läßt sich für später ein Handinhandarbeiten mit Leipzig ermöglichen. Im Grunde ist doch hier wie dort der Gedanke Leitziel: die Wiedererstarkung Deutschlands und seiner Wirtschaft. Die Erhaltung und weitere Entwicklung seiner Kultur. Daran sind wir Arbeiter stark mitbeteiligt. Unsere Aufgabe wird es sein, von der anderen Seite her Mittel und Wege zu suchen, daß die Arbeiterschaft dabei nicht leer ausgeht, daß sie mit Teil hat an den Segnungen, die ein wiedererwachendes Deutschland hat. Wir haben für die Ausstellung noch einen Spezialwunsch: Möge sie auch den internationalen Beziehungen freundschaftlicher Wiederverständigung dienen. Möge der Gedanke der Völkerverständigung auf der Einfuhrmesse nicht an letzter Stelle stehen. Es wäre der höchste Verdienst aller Beteiligten, wenn es gelingen würde, Brücken zu schlagen herüber und hinüber, um wieder Mensch zu Menschen sein zu können. Also auch nach dieser Richtung hat die Messe ihre besondere Bedeutung. Wir können in den Satz einstimmen, den die Messezeitung am Schluß eines Artikels bringt: So darf gesagt werden, daß politisch, wirtschaftlich und kulturell die Frankfurter Messe großen Aufgaben gerecht zu werden den festen Willen hat, und daß sie ihnen zu genügen vermag, wenn alle, die berufen sind, mitzuwirken, den Willen dazu haben.

Möge ein freundlicher Stern über diesem Unternehmen scheinen.

Th. Thomas

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191006-19/fragment/page=0005

scheinlichkeit zu befürchten, daß, wenn erst einmal jene Preise gezahlt werden sollen und müssen, die Verbraucher von starkem Unwillen erfaßt werden, der sich auf Schuhmacher und Schuhhändler als die letzten Veräußerer von Haut und Leder ergießen wird, denn hierbei dürfte so recht das Sprichwort zur Geltung kommen: den Letzten beißen die Hunde.

Der Lederliefandandel, den ein natürliches Interesse mit seinen Kunden, den Schuhmachern, verbindet, hält es bei dieser bedauerlichen Sachlage für geboten, hiermit öffentlich zum Ausdruck zu bringen, daß die zu fordernden Preise für Schuhmacherarbeiten, wie sie der Obermeister der Innung kürzlich verlautbarlich, nur als gerechtfertigte zu bezeichnen sind. Dasselbe dürfte auch beim Schuhhandel zutreffen. Hervorzuheben verdient, daß der den Schuhmachern verbleibende Ueberschuß an Geschäftsunkosten und Reinverdienst nachweisbar keine höheren — aber geringere — Prozente zu Grunde gelegt sind, als ihnen die bisherige Zwangswirtschaft gewährte.

* **Die Zündhölzer werden teurer.** Durch das Inkrafttreten des neuen Zündwarensteuergesetzes ab 1. Oktober 1919 ist eine neue Höchstpreisfestsetzung nötig geworden. Das Reichswirtschaftsministerium hat einen Höchstpreis von 1,30 M. für zehn Schachteln sowohl für Inlands- als auch für Auslandszündhölzer festgesetzt. Die Gründe hierfür sind, daß die deutsche Erzeugung zur Zeit nur in der Lage ist, zwei Drittel des Bedarfs zu decken, und daß ein Drittel durch die Einfuhr gedeckt werden muß. Da die einzeinführten schwedischen Zündhölzer durch den schlechten Stand der Markvaluta das Doppelte der deutschen Zündhölzer kosten, hat das Reichswirtschaftsministerium es für zweckmäßig erhalten einen mittleren Preis festzusetzen, und die deutschen Fabrikanten müssen einen sehr erheblichen Teil der vereinnahmten Preise an einen Ausgleichschak abführen, aus welchem die Mehrkosten für die schwedischen Zündhölzer gedeckt werden. Die verbrauchende Bevölkerung wird darauf aufmerksam gemacht, daß Inlands- und Auslandszündhölzer zum gleichen Preise verkauft werden müssen, und das verbrauchende Publikum wird ferner gebeten, sich durch Ueberforderung für Zündhölzer nicht ausbeuten zu lassen. Etwaige Ueberforderungen sind unter Beifügung von Belegen zweckmäßig der Zündholzindustrie-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 50, Kurfürstendamm 229 anzuzeigen. (M. B.)

* Das teuerste Leuchtgas. Die Stadtverordneten-Versammlung in Königsberg stimmte einem Magistratsantrag zu, den Gaspreis für das Kubikmeter auf 96 Pfennig zu erhöhen. Damit hat Königsberg neben dem höchsten Gemeindesteuerzuschlag von 418 Prozent auch das teuerste Gas im Reiche.

* **Die Beamten-Hochschulkurse in Halle beginnen wieder am** Montag, den 20. Oktober. Die Vorlesungen erstrecken sich auf folgende Gebiete: Wirtschaftskunde, Finanz- und Steuerwesen, Bürgerliches Recht, Straf- und Zivilprozeßordnung, Bank- und Börsenwesen, Bilanz- und Abschlußverfahren, Siedlungswesen, Elektrotechnik und Baupolizeiwesen. Zur Allgemeinbildung wird noch je eine Vortragsreihe über „Faust" und „Das Nibelungenlied" geboten werden. Außerdem sind noch aus verschiedenen Gebieten Einzelvorträge in Aussicht genommen. In den nächsten Tagen werden die Vorlesungsverzeichnisse, aus denen alles Nähere zu ersehen ist, den Vertrauensmännern der einzelnen Behörden zugehen. Sollte wider Erwarten die Universität einen Hörsaal nicht zur Verfügung stellen, so müssen die Vorlesungen im Wintersemester ausfallen.

Warnung vor dem Ankauf unbandierter Zigaretten. In letzter Zeit werden im Schleichhandel und auch öffentlich größere Mengen unversteuerter Zigaretten englischer, belgischer oder amerikanischer Herkunft angeboten. Da die Packungen dieser Zigaretten nicht mit den erforderlichen Steuerzeichen versehen sind, verfallen sie nach der, Ausnahmen nicht zulassenden Vorschrift des § 23 Zig.-St.-Ges. unter allen Umständen der Einziehung durch die Steuerbehörde ohne Rücksicht darauf, wem sie gehören und ob gegen den Eigentümer oder eine andere Person ein Strafverfahren eingeleitet wird. Es muß daher vor dem Ankauf derartiger Zigaretten dringend gewarnt werden.

Ein Ruderboot gestohlen. Am 25. September ist in Alsleben ein Ruderboot, Kielboot aus Eiche, 2,80 Meter lang und 1,10 Meter breit, gestohlen worden. Es ist hellgelb gestrichen, etwas verwittert, hinten befindet sich ein verschließbarer Kasten. Das Boot ist ohne Steuer. Wer über den Verbleib des Bootes, über den Täter oder wo es gegebenenfalls zum Angebot gelangt, Angaben machen kann, wird gebeten, dies der Kriminalpolizei, Zimmer 37, mitzuteilen. Der Geschädigte hat für Wiederverbeischaffung eine Belohnung von 50 Mark zugesichert.

Ein Motor als Diebesbeute. Gestohlen ist Mitte September 1918 ein elektrischer Motor Nr. 371, 10 PS, 220 Volt, 1650 Touren. Wer über den Verbleib des Motors oder den Täter oder sonst sachdienliche Angaben zu machen vermag, wird gebeten, dies der Kriminalpolizei, Zimmer 24 oder 37, mitzuteilen.

* **Daphnia E. V. für Natur-, Aquarien- und Terrarienkunde.** Nächste Sitzung Dienstag, den 7. 10. 19. abends 8 Uhr, im Koburger Hofbräu. Gäste willkommen!

Stadttheater. Heute, Montag, wird die Operette „Der Zigeunerbaron" von Johann Strauß gegeben. Dienstag gelangt Lortzings „Zar und Zimmermann" zur Aufführung. Mittwoch „Egmont", Donnerstag Erstaufführung „Die Rutschbahn", Schwank von Gordon und Göz. Freitag „Die Hugenotten", Sonnabend „Martha", Sonntag nachm. „Heimat", Sonntag abend „Die Zauberflöte".

Wolhalla-Operetten-Theater. Auf die heutige 50. Aufführung von „Schwarzwaldmädel" sei nochmals hingewiesen. Die reizende Operette wird nur bis Ende dieser Woche gegeben. In Vorbereitung „Eine Walzernacht", Operette von Rudi Gfaller.

Curt Olivers Operettengesellschaft im Apollotheater. Heute geht die an interessanter Handlung und musikalischen Schönheiten reiche Operette „Der liebe Augustin" von Leo Fall mit den Herren Dominik Löscher und Max Willenz als Gäste in Szene. Direktor Oliers hat wiederum für eine glänzende Ausstattung gesorgt und so wird dieses Werk prächtige Bühnenbilder aufweisen. Der Vorverkauf zu den Aufführungen hat stark eingesetzt, so daß sich die Benutzung der Tageskasse von 9—1 und 5—½7 Uhr, Sonntags ununterbrochen, zur Erlangung guter Plätze empfiehlt.

* **Quo vadis ...?** Dieser weltberühmte Film setzt seinen Siegeszug durch die Welt fort. Seit 1914 war er als Ausländer für Deutschland verboten. Welch Meisterwerk er ist, sieht man allabendlich an den Besuchern in den Kammer-Lichtspielen. Ab Montag 3 Uhr findet täglich eine Vorstellung für Schüler der höheren Lehranstalten über 16 Jahre zu kleinen Preisen statt. Für Kinder ist der Film verboten.

Tanz-Diele Thalia-Säle. Vom 4. bis 10. Oktober tritt täglich von 7 Uhr abends der weltberühmte Balletmeister und allbeliebte Filmdarsteller Hans Römer-Leonard mit seiner reizenden Partnerin auf und tanzt die neuesten Tänze, u. a. die großen Modeschlager Foxtrott, Jazz (nicht auf der Bühne, sondern im Parkett). Der preisgekrönte Tanzkünstler trägt Gala-Balletkostüm und widmet sich nach seinen Darbietungen nebst seiner Partnerin dem Publikum, in der Unterweisung moderner Tänze.

Aus der Provinz.

Gründung des Junglehrerverbandes der Provinz Sachsen.

Der Pendelschlag unserer Zeit rührt mehr und mehr die Kräfte auf, die tief im Innersten des Volkslebens verborgen, unerkannt und unverdraucht, verrieben wurden. Die mächtigen Bewegungen ganzer Volkskreise nach Befreiung von moralischen und wirtschaftlichen Ketten hat jetzt auch endlich die Lehrerschaft erfaßt. Noch sind es die Stürmer und Dränger, die leidenschaftlichen Forderer, die Junglehrer und Lehrerinnen, die hier den Stoßtrupp der Lehrer bilden. In der am Sonnabend stattgefundenen Gründungsversammlung, zu der auch einzelne der gelehrenen Abgeordneten erschienen waren, hatten sich die Junglehrer-Vertreter der ganzen Provinz zusammengefunden. Wenn auch der Eindruck des Ganzen etwas brodelndes Durcheinander war, so ist doch der starke Grundzug und der über der Versammlung schwebende Geist der Einigkeit der vorwärts treibende Faktor dieser Versammlung gewesen. Ein Vertreter erläuterte ganz richtig, daß aus dem gärenden Most eben erst der klare Wein hervorgehen müsse. Herr Hennig sprach in seiner kurzen Ansprache Worte aus, die die Junglehrer nicht vergessen dürfen, nämlich, daß die gesamte Arbeiterschaft dieser Bewegung sympathisch gegenüberstehe. Wir können dem jungen Verbande nur bestes Gedeihen verbrechen, wenn seine Mitglieder, alle jungen und alten Lehrer, sich die jahrzehntelangen Kämpfe der Arbeiterschaft als Vorbild dienen lassen und von dem Aufbau der großen und mächtigen Arbeiterorganisationen lernen. Der Passus von der gänzlichen Neutralität in politischen und konfessionellen Fragen ist sehr verständlich, denn die größte Gefahr der neuen Kampforganisation ist, Humanitätsverein zu werden. Die erste Schranke, welche fallen soll, ist der Fortfall der zweiten Prüfung für Lehrer und Lehrerinnen. Ein diesbezgl. Antrag wurde von der Versammlung mit großer Mehrheit angenommen. Er lautet: Wir fordern den Fortfall der zweiten Lehrer- und Lehrerinnenprüfung, die Seminarabschlußprüfung gilt als Anstellungsprüfung. Als Ersatz dafür sollen Kurse eingerichtet werden, in denen die Lehrer sich durch wissenschaftlichen und methodischen Unterricht fortbilden können, bis der Zeitpunkt eintritt, an dem sich die Pforten der Universitäten auch den Lehrern öffnen. Der Lehrerehrenrat liebt die Fähigen von den Unfähigen. Den der Versammlung vorgelegten schriftlich formulierten Forderungen des neuen Verbandes entnehmen wir folgendes:

Während die Forderungen anderer Berufsgruppen, die Milliarden verschlingen restlos erfüllt werden, haben wir jungen Lehrer ein Gehalt, das hinter der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt. Für alle unsere Notschreie hat der Finanzminister nur ein Achselzucken.

Wir fordern ganz energisch sofortige Beseitigung unserer furchtbaren Notlage durch Erfüllung unserer berechtigten Forderungen, die auch vom Preußischen und Deutschen Lehrertag erhoben worden sind. Wir rufen alle Kreise unseres Volkes zur Hilfe auf; denn wir wollen nicht hungernd Kinder erziehen, sondern wollen leben und frohen Mutes unsere Kraft dem Volke weihen. — Wenn auch der Verband politisch neutral, so wird doch jeder von uns für die Parteien eintreten, die sofort alles tun, unsere Forderungen durchzusetzen.

Das Besoldungsgesetz ist schleunigst gesetzlich neu zu regeln. Entsprechend den Forderungen der Lehrerverbände müssen wir in gesetzlicher Regelung ein durchaus genügendes Anfangsgehalt fordern für alle Lehrer und Lehrerinnen, die vom ersten Diensttage an mindestens 6000 M. beträgt und in 15 Dienstjahren auf 12 000 M. steigt. (Wir werden damit noch hinter allen Privatbeamten zurückstehen.) Bis zur gesetzlichen Regelung ist dieses Anfangsgehalt dadurch zu erreichen, daß die Lehrer und Lehrerinnen entsprechend höhere Teuerungszulagen beziehen. Der Landlehrer hat dasselbe Einkommen wie der Großstadtlehrer. Die gesamte Kriegsdienstzeit ist doppelt sowohl auf das Dienstalter als auch auf das Pensionsalter anzurechnen. Müssen sich kriegsbeschädigte Lehrer vorzeitig pensionieren lassen, so erhalten sie als Pension den Höchstbetrag derselben.

Wir fordern sofortige Neuregelung der Anstellungsbedingungen. Die feste Anstellung für Lehrer und Lehrerinnen erfolgt mit rückwirkender Kraft zwei Jahre nach der ersten Prüfung. Kriegsteilnehmer sind sofort anzustellen. Kriegsbeschädigte sind durch Auswahl geeigneter Orte, bezw. Stellen, erforderlichenfalls durch Herabsetzung der Pflichtstundenzahl besonders zu berücksichtigen. Wir verlangen Fortfall des Vermerkes der Notprüfung im Seminar-Abgangszeugnis. Wir fordern sofortigen Fortfall der Reverspflicht.

Wir fordern die Unterstützung der Regierung bei unserer Fortbildung. Es werden geeignete, kostenlose Fortbildungsmöglichkeiten in Form von freiwilligen Arbeitsgemeinschaften unter selbstgewählten Leitern gebildet.

Unsere Allgemeinforderungen. Wir fordern die schnellere Verbeiführung der völligen, rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Gleichstellung des Gesamtlehrerstandes. Wir müssen endlich unmittelbare amtliche Staatsbeamte werden. Wir fordern bedingungslos Recht zum Studium. Das uns der Ministerpräsident versprochen hat. Das Recht zu nur pädagogischem Studium würde uns zu Akademikern zweiten Grades machen. Wir fordern Neuordnung des Organistendienstes. Wir fordern nachdrücklich sofortige Offenlegung aller Personal-Akten. Wir verlangen Aufhebung des Patronatsrechtes. Wir fordern sofortige unbedingte Einführung der kollegialen Schulleitung.

Für die besonders Betroffen unseres Standes fordern wir: Den kriegsgefangenen Lehrern ist auf Wunsch ein sofortiger Erholungsurlaub von mindestens drei Monaten unter Auszahlung der vollen Bezüge (Gehalt, Alterszulagen, Mietentschädigung und Teuerungszulagen) zu gewähren.

Um dies alles zu erreichen, macht sich der Zusammenschluß aller Lehrer und Lehrerinnen nötig. Der vorgelegte Organisationsentwurf wurde einstimmig angenommen. Es heißt darin:

Die Junglehrer bilden Interessengemeinschaften innerhalb der bestehenden Lehrervereine und fordern deren Zusammenschluß zu einem gleichlessenen Gesamtverband, in dem den einzelnen Interessengruppen durch Ur- und Verhältniswahl Sitz und Stimme gegeben wird. Die Interessengemeinschaften haben zwecks Klärung und Sammlung ihrer Forderungen und gemeinsamen Handelns innerhalb des großen Lehrerverbandes eigene Leitung, die enge Fühlungnahme mit den Kriegsseminaristen zu sichern hat. Der Aufbau des Junglehrer-Verbandes entspricht dem der L.-V. In jedem L.-V. bilden die Junglehrer eine geschlossene Gruppe unter einem Gruppenleiter, mehrere Vereine können sich vereinigen. Im Kreise schließen sich die Gruppen zum Kreisverband zusammen, danach folgen der Provinzialverband, wenn nötig mit Unterabteilungen für jeden Regierungsbezirk und zuletzt der Landesverband. Sämtliche Vorstände bestehen aus einem engeren und weiteren. Der engere Vorstand ist der geschäftsführende, zum weiteren gehören stets die Führer der nächst niederen Verbände, um straffste Fühlungnahme zu sichern. Die geschäftsführenden Vorstände sollen möglich an einem Ort wohnen und einem Geschäftsführer unterstehen, sie unterstehen auch zugleich dem Vorsitzenden und seinen Stellvertretern. Sitz des Geschäftsführers und Ausschusses ist auf der Vertreterversammlung in jedem Jahre zu bestimmen. Durch Verhältniswahl sind die Führer unserer einzelnen Verbände in die ihnen entsprechenden Vorstände der Lehrervereine zu bringen. Vorsitz in einem höheren und niederen Verband kann nie zugleich von einunddersselben Person geführt werden. Jedes Mitglied ist verpflichtet, einem großen L.-V. anzugehören. Lehrerinnen werden aufgenommen.

Es soll eine Presse geschaffen werden, die schlagfertig und von allen Einflüssen unberührt, die berechtigten Interessen des Verbandes vertreten soll. Mit großer Mehrheit wurde die Aufnahme der Kriegsseminaristen in den Verband beschlossen, so daß der Verband schon jetzt eine ansehnliche Stärke hat. Auf der nächsten Vertreterkonferenz, die so bald wie möglich in Halle stattfinden soll, wird der endgültige Vorstand gewählt. Bis dahin führt das jetzige Büro die Geschäfte weiter. Wir wünschen, daß sich die Junglehrer Führer wählen, die imstande sind, den wild gärenden Most in Wein zu wandeln, die aus dem Drängen und Wollen in den Reihen der Lehrer eine moderne Organisation der Geistesproletarier schaffen können, die mit dazu beitragen, dem Lehrerstande wie der Volkserziehung zu dienen und somit unserem gesamten werktätigen Volke eine höhere Stufe des Menschentums zu schaffen. Die Junglehrer müssen das gestimmte Kinkhorn zur Lohe entfachen, die das deutsche Volk und letzten Endes die gesamte Menschheit erleuchten muß.

Vertreterversammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen am 2. und 3. Oktober 1919.

Am 2. und 3. Oktober hatten sich Vertreter des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen, der zurzeit 6000 Mitglieder zählt, in Halle zu einer Tagung zusammengefunden.

Am 2. Oktober begrüßte der Vorsitzende des hallischen Lehrervereins, Herr Rektor Gaupe, die Erschienenen. Herr Dr. Menzer sprach über „Erziehungsideale". Der Vortrag gipfelte in der Gegenwartsforderung einer Erziehung zur einheitlichen Staatsgesinnung.

Am 3. Oktober beschäftigte sich die Vertreterversammlung mit der großen wirtschaftlichen Not der Lehrer. Eine einstimmige Entschließung nahm die alte, als gerecht erkannte Forderung der sofortigen Gleichstellung aller Lehrer in Stadt und Land mit den Verwaltungssekretären wieder auf; auch sollen gleiche Teuerungszulagen gezahlt werden — Die zur Beratung kommenden Anträge beschäftigten sich zu meist mit dem Ausbau der Vereinsorganisation. Die Mitglieder der Lehrerräte müssen ihren Zweigvereinen Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen. Der Lehrerverband der Provinz Sachsen soll mit den andern Lehrerorganisationen der Provinz in Verbindung treten zum Zwecke einer einheitlichen Zusammenfassung der Vereine. Der Vereinsbeitrag wird von 12 auf 16 M. erhöht; vom Pflichtbezug des Schuldlattes der Provinz Sachsen wird abgesehen. Zum Vorsitzenden des Verbandes wird Herr Horstmann (Magdeburg) gewählt. Zur Frage „Verhältniswahl und Verbandsvorstand" sollen die Zweigvereine bis zum 1. April 1920 Stellung nehmen.

Ueber die Aufgaben, die der Lehrerschaft aus dem Schulkompromiß erwachsen, sprach Herr Lehrer Degenhardt (Erfurt), Mitglied der preußischen Landesversammlung. Er steht keinen Grund zum Verzagen; wenn das Kompromiß auch viele Wünsche nicht erfüllt hat, so bietet es doch die Möglichkeit zur Fortarbeit. Die gemeinsame Schule gilt fortan als Regel. In Preußen ist das Zentrum bereit, die Simultanschule als Norm anzuerkennen. Abweichungen von dieser Norm sind nur möglich, wenn der Wille der Bevölkerung sich ordnungsmäßigen Anträgen verdichtet und ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Zur Entscheidung dieser Fragen ist die Mitwirkung der Sachverständigen nötig. Deshalb ist die Bildung von Landeslehrerkammern zu fordern. Bei den kommenden Kämpfen um die Schule hat die Lehrerschaft nicht vom Parteistandpunkt auszugehen, sondern die Vereinheitlichung unseres Volksbildungswesens muß das einzige Ziel sein. Im Kampf um das Ideal der Einheitsschule ruht auf der Lehrerschaft eine große Verantwortung; denn Hebung der Volksbildung durch Hebung der Volksschule: das ist der Weg zur Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes. Mit der Entschließung: 1. ein Landeslehrerrat ist sofort zu bilden, 2. die Simultanschule ist als Norm zu betrachten — fanden die 8½stündigen Beratungen ihr Ende.

Bitterfeld. Oeffentliche Versammlung. In gut besuchter öffentlicher Versammlung sprach heute Herr Fritz Lüders, Berlin, über „Unsere Wirtschaftslage, Arbeitgeber, Arbeitnehmer". Der Redner schilderte treffend die schwere wirtschaftliche Krise unseres Landes, hervorgerufen durch den überaus harten Friedensvertrag, durch den jetzt mächtig blühenden Schleichhandel, der einen sprunghaften Fall unserer Valuta zur Folge hatte, und nicht zuletzt auch durch die vielen sinnlosen Streiks. In der Diskussion kamen auch unsere lieben „Mars" und „Kosis" auf ihre Rechnung, die natürlich wieder manches zu bemängeln hatten, was man ihnen nachfühlen kann.

Naumburg. Vertrieb der Volksstimme. Den Vertrieb der Volksstimme hat Gen. Schneider, Michaelisstr. 74, übernommen. Bestellungen beaw. Beschwerden sind daselbst anzubringen.

Naumburg. Kartellisierung. Der Vorsitzende gab bekannt, daß sich die Naumburger Hausangestellten organisiert haben. Er forderte die Delegierten auf, bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die neue Zahlstelle zu agitieren. Die Glaser, Kellner und Eisenbahner haben sich zusammengeschlossen. An Stelle der angekündigten Versammlung werden nunmehr zwei stattfinden. Prof. Dr. Staudinger wird über „Konsumgenossenschaft" und ein aus Gera stammender Referent über „Sozialisierungsfragen" sprechen. Die Abstimmung in den Gewerkschaften betr. Schaffung eines Gewerkschaftshaus-Fonds von 15 Pfg. pro Kopf und Woche hat ergeben, daß die größte Zahl der hiesigen Gewerkschaftler gegen einen solchen Fonds sind. Im weiteren Verlauf wurde festgestellt, daß der Tischler ihren Streik glänzend durchgeführt und gewonnen haben. Die Gemeindearbeiter und Transportarbeiter haben auf dem Verhandlungswege ebenfalls gute Erfolge erzielt. Die Steinmetzen mußten leider ihren Streik abbrechen, da ihnen Streikbrecher in den Rücken gefallen sind. Hierauf wurde über die Lehrlingsausschüsse im Metallgewerbe, speziell in der elektrotechnischen Branche gesprochen; die dort herrschenden Zustände sind geradezu haarsträubend und eine Abänderung ist dringend notwendig. Der Vorsitzende teilt mit, daß in Kürze eine Bezirkskonferenz in Halle stattfindet. Er wurde in einer früheren Sitzung als Delegierter gewählt und frug deshalb, ob er von einem Kollegen noch eine Anregung bekommen könnte. Koll. Kublack ersucht ihn darauf, den Gedanken der Einheitsorganisation zur Sprache zu bringen. Dem schlossen sich mehrere Redner an. Kollege Schinnerling erwiderte, daß die Einheitsfront des Proletariats in der Sozialdemokratischen Partei bestanden habe, daß diese jedoch nunmehr zerstört sei. Dieselben Spaltungsbestrebungen machen sich leider in den Gewerkschaften auch bemerkbar. Das Gewerkschaftslokal ist von jetzt ab das Schützenhaus. Nach Erledigung einiger weiterer Punkte unter Verschiedenem wurde die Versammlung ½12 Uhr geschlossen.

Stolberg (Harz). Oeffentliche Versammlung. Ueber die Wahrheit über unsere Wirtschaftslage sprach hier in einer öffentlichen Versammlung im Auftrage des Heimatdienstes der Schriftsteller Lüders-Berlin. Insofe seiner tiefen Sachkenntnis hatte er eine aufmerksame Zuhörerschaft. Er rechnete scharf mit den Verbrechen und Auswüchsen des alten Regimes ab, wies aber auch auf das Treiben der jetzt besonders tätigen Volksfeinde aller Gattungen hin. Nachdem Gen. Kopf mit einigen kräftigen Worten die Arbeiterschaft zur Einigkeit ermahnt hatte, fand die interessante Versammlung ihr Ende.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Lokales: Max Gendewitz, für „Aus der Provinz": K. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Hertzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

9. Butterwoche.

Von Dienstag mittag ab findet in sämtlichen Buttergeschäften gegen Abgabe der 9. Buttermarke Verkauf von Auslandsschmalz statt. Auf jede Marke werden

100 Gramm zu 1,35 M.

verabfolgt. Ablieferungstag der Marken am Sonnabend, den 12. Oktober.

Amtliche Bekanntmachungen für Delitzsch.

Städtischer Lebensmittel-Verkauf.

Butter, vom Dienstag, den 7. d. M., ab 25 Gramm für 36 Pfennig.

Kartoffeln, 38. Woche, 7 Pfund: das Pfund für 10 Pfennig.

Margarine, vom Dienstag, den 7. d. M., ab auf Butterkarten je 100 Gramm für 66 Pfennig.

Marmelade, soweit noch vorhanden, markenfrei.

Nährmittel, für Kinder bis zu zwei Jahren vom 6. bis 11. d. M., auf Kinderbrotkarten je 4½ Pfund in den Bäckereien Brüse, Max Hennig und Weiser.

Kartoffelbezugsscheine, am 6. d. M. Ausgabe für die Buchstaben O P Q R T.

Delitzsch, den 4. Okt. 1919. **Der Vorstand.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191006-19/fragment/page=0006